

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Bismarck, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Stauden, Magdeburg. — Druck und Verlag von E. Bismarck u. Co., Magdeburg. — Geschäftsstelle: W. Mühlgr. 3, Bernstr. 1607, Redaktion und Druckerei: W. Mühlgr. 3, Bernstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 981.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 3 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 M. monatl. 70 Pf. Bei den Verkauflern 2.25 exkl. Befreiung. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. Inzerationsgebühr: die 7 gespaltene Kolonelleiste 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtzeit 1 M. Zeitungspostgebühr 25 Pf.

Nr. 161.

Magdeburg, Mittwoch den 13. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Sozialdemokratie und Krankenkassen.

Die angebliche Beherrschung der Ortskrankenkassen durch die sozialdemokratische Partei bildet gegenwärtig ein beliebtes Thema der bürgerlichen Parteipresse. Nicht nur die ausgesprochenen Scharfmacherblätter, auf deren Repertoire die Aufdeckung des Mißbrauchs der Krankenkassen zu sozialdemokratischen Parteizwecken seit langem als zugkräftiges Spektakelstück zu finden ist, lassen sich darüber vernehmen, auch ganz ernsthafte politische Blätter stimmen in den Schladtgesang ein. Das Bedürfnis nach dieser Meinungsmache resultiert aus dem Mangel an Beweismaterial, das die Entrechtung der Arbeiterschaft durch die Reichsversicherungsordnung vor den Wählern der bürgerlichen Parteien, namentlich vor denen des Zentrums, rechtfertigen soll.

Die Begründung der Reichsversicherungsordnung wettet mit viel Temperament, aber ohne den geringsten Beweis gegen die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen. Die Redner des Zentrums und der Konservativen hatten schon bei der ersten Lesung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag diesen Mangel an Beweisen bedauert und gewünscht, die Regierung möge in der Kommission endlich mit dem Material herausrücken. In der Kommission von den sozialdemokratischen Vertretern gestellt, erklärte der Regierungskommissar seelenruhig: „So etwas läßt sich eben sehr schwer beweisen.“

Da kam der Regierung in ihrer Verlegenheit gerade noch zur rechten Zeit ein Urteil des preussischen Oberverwaltungsgerichts zu Hilfe. Das Oberverwaltungsgericht beschloß sich in einem vor kurzem verkündeten Urteil vom 21. März 1910 mit dem für die Angestellten der Ortskrankenkassen früher nicht üblich gewesenen Dienstvertrag. Es erklärt, daß einzelne Bestimmungen des Vertrags mit § 29 des Krankenversicherungsgesetzes und mit den §§ 626 und 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Widerspruch stehen und deshalb nichtig seien. Infolgedessen wird der klagenden Ortskrankenkasse verboten, mit ihren Angestellten solche Verträge abzuschließen. Dieses Verbot und der ganze Prozeß sind eigentlich gegenstandslos, weil der Inhalt des Vertrags bereits seit 2 Jahren geändert ist. Das hat natürlich die von der Regierung informierten bürgerlichen Mitglieder der Reichstagskommission nicht gehindert, bei der Beratung der Rechtsverhältnisse der Kassenangestellten alle Register zu ziehen und mit dem Pathos höchster sittlicher Entrüstung ein energisches Einschreiten der Gesetzgebung zu fordern, um es der Sozialdemokratie fernerhin unmöglich zu machen, in den Krankenkassen Sinekuren für ihre Agitatoren zu schaffen. Namentlich das Zentrum warf sich zum Hüter der Selbstverwaltung der Arbeiter auf. Das Selbstverwaltungsrecht würde durch solche Bestimmungen, wie sie jener Vertrag enthält, völlig aufgehoben. Zum „Schutze“ der Selbstverwaltung beschloß deshalb die Mehrheit von Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen eine Regelung des Angestelltenrechts, durch die der Einfluß der Versicherer auf die Anstellung der Kassenbeamten so ziemlich ausgeschaltet wird. Da man die Zweidrittelmehrheit der Versicherten in den Krankenkassen aus politischen Gründen nicht gut beseitigen kann, soll den Arbeitern wenigstens die praktische Ausübung des Selbstverwaltungsrechts soviel als möglich beschnitten werden. Eins der wichtigsten Rechte aber ist die Auswahl und Anstellung der Kassenbeamten, von deren sozialem Geist und Verständnis es in der Praxis doch abhängt, ob die Verwaltung der Kasse zum Nutzen der Versicherten arbeitet.

Nachdem so die Regelung des Angestelltenrechts nach dem Wunsche der Regierung — die Regierung kann u. a. die Militäranwärter in die Kassenstellungen bugisieren und die Kassenangestellten zu Staatsbeamten machen — in der Reichstagsitzung vom 27. Juni beschlossen worden ist, fällt der bürgerlichen Presse die Aufgabe zu, den Wählern diesen Schlag gegen die Rechte der Arbeiterschaft plausibel zu machen.

Entsprechend dem Charakter dieser Presse begnügt sie sich nicht damit, die Stimmungsmache aus der Reichstagskommission mit vergröberten Mitteln fortzusetzen. Da ihr Blick durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, verdringt sie Zweck und Wirkung des Anstellungsvertrags zu einem Monstrum „sozialdemokratischer Herrschaft“, um dann mit verstärktem Eifer dagegen anzurennen.

Um was handelt es sich nun eigentlich? Im Mai 1898 wurden die Ortskrankenkassen durch einen Erlaß des preussischen Handelsministers ersucht, mit ihren Angestellten Verträge abzuschließen. Es hieß in dem Erlaß:

... daß mit den Angestellten der Kassen gehörige Dienstverträge abgeschlossen, in denen die Gründe der Kündigung und angemessene Kündigungsfristen bestimmt werden. Dabei empfiehlt es sich, in diesen Dienstverträgen die Bestimmung vorzunehmen, daß eine Kündigung des Personals durch den Vorstand nur bei grober oder wiederholter Verletzung der Dienstpflichten zulässig sei.

Verträge, in denen namentlich diese letztere Voraussetzung für die Kündigung näher stipuliert war, wurden denn auch verschiedentlich abgeschlossen. Dann erschien 1900 eine Broschüre des Geheimen Oberregierungsrats Dr. Hoffmann aus dem preussischen Handelsministerium, der die Kommunalisierung der Ortskrankenkassen forderte, wodurch befandere die Angestellten hart getroffen worden wären. Hierdurch und durch die Verhandlungen im Reichstag über die letzte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz im März 1903 wurden die Angestellten veranlaßt, sich für eine vertragliche Sicherung ihrer Stellungen bei den Kassenvorständen zu bemühen.

Die Kassenvorstände, denen man bisher vorgeworfen hatte, sie verführten mit größter Willkür gegen die Angestellten, zeigten sich grundsätzlich geneigt, die Stellung der Angestellten durch Verträge zu festigen. Es kam dann zu Verhandlungen über den Abschluß einer Reichstagsgemeinschaft zwischen dem Zentralverbande der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich und dem Verbands der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen. Die Verhandlungen waren sehr langwierig, weil nicht nur die Vertrags-, sondern auch die Gehaltsfrage geregelt werden sollte. Ueber die Höhe der Gehalte waren die Meinungen naturgemäß sehr geteilt. Schließlich einigte man sich auf dem Ortskrankenkassentag in Düsseldorf 1906 über den Gehaltsstarif. Damit gelangte auch der Entwurf eines Anstellungsvertrags zur Annahme, der dann in der Folge von zahlreichen Ortskrankenkassen — verschiedentlich mit geringfügigen Abweichungen — mit ihren Angestellten abgeschlossen wurde. Gegenwärtig werden etwa 60 Prozent der Ortskrankenkassen-Angestellten im Deutschen Reich im Besitz solcher Verträge sein.

Dieser tarifliche Anstellungsvertrag enthält vor allem eine Regelung der Kündigungsgründe. Nach § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann die sofortige Entlassung beim Vorliegen eines „wichtigen Grundes“ erfolgen. Was ein wichtiger Grund ist, unterliegt ganz der Auslegung. Deshalb sieht z. B. das Handelsgesetzbuch für die Handlungsgehilfen bestimmte Kündigungsgründe vor, und auch die Kassenangestellten hatten den Wunsch nach einer solchen Regelung. Der Vertrag sah deshalb die sofortige Entlassung vor, wenn der Beamte in strafrechtlich zu ahnender Weise das Kassenvermögen schädigt oder wenn ihm durch Strafurteil die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen werden. Das Oberverwaltungsgericht hält diese Einengung des Begriffs „wichtiger Grund“ für zu weitgehend und deshalb nichtig. Im Jahre 1908 war aber auf Grund von Gutachten namhafter Juristen der Vertrag bereits abgeändert worden. Nach diesem abgeänderten Vertrag kann die sofortige Entlassung erfolgen, wenn die Weiterbeschäftigung des Beamten mit den Interessen der Kasse unvereinbar ist, wenn er eine die guten Sitten gröblich verletzende unehrenhafte Handlung begangen hat. Das ist nichts weiter als eine Umschreibung des „wichtigen Grundes“.

Außerdem sollte die Entlassung mit 3monatlicher Kündigung erfolgen, wenn der Beamte dauernd arbeitsunfähig ist oder wenn er sich mehrmals (dreimal) eine grobe Pflichtverletzung innerhalb 3 Jahre zuschulden kommen ließ. Das letztere ist weiter nichts als eine juristische Modifikation dessen, was der preussische Handelsminister 1898 vorschlug. Das Oberverwaltungsgericht bekommt es trotzdem fertig, diese Bestimmung als gegen die guten Sitten verstößend und deshalb als nichtig zu bezeichnen (§ 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Hierauf stürzt sich nun die Presse — namentlich die des Zentrums — mit Wonne und meint, die Kassen seien durch diesen Vertrag gezwungen, jeden Strahlschneider und Schutz, der als sozialdemokratischer Agitator mit Hilfe der Partei einen solchen Vertrag sehr leicht bekommt, zu beschäftigen. Man könnte diese Angriffe der Zentrumsblätter sehr leicht abwenden mit dem Hinweis auf jene Verträge, die machende Zentrumsleute als Vorstände von Ortskrankenkassen mit den Angestellten dieser Kassen abgeschlossen haben. Verträge, die die Angestellten auf Lebenszeit anstellen und als einzigen Entlassungsgrund eine strafrechtlich verfolgbare Schädigung des Kassenvermögens vorsehen. Aber es genügt wohl der Hinweis auf die glänzende Entwicklung der deutschen Krankenversicherung, an der die treue und selbstlose Mitarbeit der Angestellten ihren maßgebenden Anteil hat. Die Angestellten sind durch die Erfolge ihrer Tätigkeit gegen solche Anwürfe geschützt. Sagt doch z. B. der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Gormann im

„Berliner Tageblatt“ vom 2. Juli 1910 erst wieder: „Es ist aber Tatsache, daß sich das Krankentaffentwesen unter der bisherigen Leitung vorzüglich entwickelt hat.“

Der Anstellungsvertrag sichert den Angestellten ferner religiöse und politische Meinungs- und Betätigungsfreiheit. Auch das verstößt nach Meinung des Oberverwaltungsgerichts gegen die guten Sitten. Trotzdem hat die Reichstagskommission zu § 363 der Reichsversicherungsordnung beschlossen, daß die religiöse und politische Betätigung nicht als Gründe der Kündigung gelten. Es ist nicht anzunehmen, daß der Reichstag etwas beschließt, was gegen die guten Sitten im Sinne des bürgerlichen Rechts verstößt.

Weiter richtet sich das Oberverwaltungsgericht gegen jene Bestimmung des Vertrags, die der Kasse die Pflicht auferlegt, bei ihrer Auflösung und Ueberweisung der Mitglieder an eine andre Kasse die Uebernahme der Angestellten an die neue Stelle zu veranlassen und ihnen bis zur Uebernahme das Gehalt weiterzuzahlen. Das Oberverwaltungsgericht meint, dazu könne sich die Kasse nicht verpflichten. Nun sieht aber § 303 der Reichsversicherungsordnung ebenfalls die Uebernahme der Angestellten für diese Fälle vor. Der Gesetzgeber ist demnach auch darin anderer Ansicht als das Oberverwaltungsgericht, er hält also diese den Kassen auferlegte Verpflichtung für sehr wohl vereinbar mit den guten Sitten.

Der Vertrag sieht weiter vor, daß die Angestellten, und zwar zunächst immer der Dienstjüngste, entlassen werden können, wenn ein unabwiesbares Bedürfnis dazu deshalb vorliegt, weil sich die Mitgliederzahl so verringert hat oder die Verwaltung so geändert wird, daß eine Verringerung des Personals möglich wäre. Das Oberverwaltungsgericht meint, die Entlassung wäre nach dieser Bestimmung erst dann ein unabwiesbares Bedürfnis, wenn das vorhandene Vermögen zur Deckung der Verbindlichkeiten der Kasse und zur Zahlung der Beamtengehälter nicht mehr ausreicht und die Beiträge den gesetzlich zulässigen Höchstbetrag erreicht haben. Das Gericht übersieht nur, daß nicht diese Ursachen, sondern lediglich die oben zitierten das unabwiesbare Bedürfnis zur Entlassung herbeigeführt haben müssen. Es handelt sich also um ein Festurteil, wie es auch dem höchsten Gericht unterlaufen kann.

Dieser Sachverhalt wird zwar die bürgerliche Presse nicht hindern, weiter über die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen und den „unwürdigen“ Anstellungsvertrag zu zernern, aber es sollte ihr durch diese Ausführungen wenigstens die Gelegenheit genommen werden, ihn als Feigenblatt für den Raub an den Rechten der Arbeiter in der Krankenversicherung benutzen zu können.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 12. Juli 1910.

Der Weg zur Sozialdemokratie.

Zu dem Artikel des fortschrittlichen Abg. Potthoff über das soziale Programm des Liberalismus nimmt jetzt auch der Vorsitzende der Demokratischen Vereinigung, Dr. Breitheid in seinem Blatte „Das freie Volk“ in bemerkenswerter Weise Stellung. Breitheid knüpft an Potthoffs Zweifelsfrage an, ob denn überhaupt zwischen der nationalliberalen Unternehmerpartei und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine dritte Gruppierung möglich sei, um fortzufahren:

Diese Frage stellen heißt sie beantworten. Es ist keine Partei möglich, die mit den Kunden heßt und mit den Gassen läuft. Zwar versuchen die Fortschrittlichen, den sozialen Kämpfen auszuweichen, aber sie werden gezwungen, Farbe zu bekennen, und sie bekennen, was Potthoff nicht leugnen wird, die Unternehmerrasse. Kennt Potthoff nur dies Entweder-Oder, so gibt's für ihn nur den einen Weg: zur Sozialdemokratie! Wenn anders er nicht, was sicher viele mir Freuden begrüßen würden, mit denen, die ebenso denken wie er, sich der Gruppe anschließen will, die zwar auch zwischen Liberalen und Sozialdemokraten steht, aber nicht zögert, überall dort, wo die Interessen von Rente und Arbeit gegeneinander prallen, die Partei der Arbeit zu nehmen. Die sich nicht für verpflichtet hält, schüßend vor die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu treten und die sich in der sozialen Politik von der Sozialdemokratie nur dadurch unterscheidet, daß sie den theoretischen Erörterungen über die zukünftige Gestaltung des Wirtschaftslebens geringere Bedeutung beimißt und daß sie es sich vor allem angelegen sein läßt, diejenigen Schichten zu sammeln, die ohne der Arbeiterklasse im engern Sinn anzugehören, noch lernen müssen, daß sie als Lohnempfänger an der Seite der organisierten Arbeiter zu kämpfen haben.

Aus diesen Ausführungen des Führers der Demokratischen Vereinigung geht hervor, daß er seine Gruppe als eine der Sozialdemokratie in keiner Weise feindliche Parteibildung aufgefaßt wissen will. Der großen Entscheidungsfrage des Klassenkampfes kann eben auch die Demokratische Vereinigung nicht aus dem Wege gehen; die Diskussion über das Verhältnis von Arbeit und Rente, die in ihrer Mitte im Gange ist, zeigt deutlich genug, daß auch in ihr dieselben Keime der Zerlegung wirken, die in der Fortschrittlichen Volkspartei am Werke sind. Zur Gründung einer großen Partei des blauen Bourgeoisrepublikanismus, die vielleicht noch Barth vor Augen schwebte, ist in Deutschland die Zeit vorbei; die jüngere Generation der kleinen bürgerlichen Demokratengruppe rekrutiert sich auch nicht mehr aus den Kreisen reicher Handelsherren, sondern aus denen der Beamten und Privatangestellten.

Die reichen Handelsherren, die den Kern der freisinnigen Vereinigung bildeten, akzeptierten die politische Bürgerfreiheit als eine logisch und sachlich notwendige Begleiterscheinung der von ihnen angestrebten wirtschaftlichen Freiheit. Sie waren entschiedene Liberale als Manchestermänner. Da sich die Kämpfe zwischen dem Unternehmertum und der Industriearbeiterschaft fern von ihren Kontoren abspielten und ihren Gändlergewinn kaum beeinträchtigten, kam ihnen der Widerspruch zwischen den Forderungen der Demokratie und ihren kapitalistischen Interessen nicht so bald zu Bewußtsein. Diese Elemente, obgleich in rapider Rechtsentwicklung begriffen, bilden noch heute den linken Flügel des Liberalismus.

Gingegen scheint sich die Demokratische Vereinigung, die bekanntlich aus der alten Freisinnigen Vereinigung hervorgegangen ist, immer mehr zu einer Partei von Angestellten oder, wie Breitheid richtig sagt, von Lohnempfängern zu entwickeln. Wenn sich diese Gruppe konsequent weiterentwickelt, wird sie ihre kapitalistisch interesselerten Elemente, so weit sie nicht ideologisch in ihr verankert sind, an den Liberalismus abstoßen und nicht bloß entschieden demokratisch, sondern auch entschieden sozialistisch sein. Aber wird sie dann neben der Sozialdemokratie ein Recht auf abgeordnete Existenz bewahren?

Der Frage nach der „zukünftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens“ kann auf die Dauer niemand aus dem Wege gehen, der sich ernsthaft mit Politik beschäftigt. Hat sich doch auch Posthoff schon zu der Einsicht bekannt, daß die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung ein vergänglichliches Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Unterläßt man es, schließend vor die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu treten, so läßt sich solche Unterlassung nur aus der Ueberzeugung rechtfertigen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung verschwinden wird, um einer höheren Ordnung Platz zu machen. Andernfalls würden sich die Demokraten dem Vorwurf aussetzen, den man den Sozialdemokraten mit Unrecht zu machen pflegt: sie wollten zerflören, ohne etwas Besseres an die Stelle des Alten zu setzen.

Konservative Friedensbedingungen.

Nachdem die nationalliberale Emeute gegen die preukische Junkerherrschaft allem Anschein nach gänzlich niedergeschlagen ist, kann die „Kreuzzeitung“ fortfahren, der unterworfenen Partei ihre Friedensbedingungen zu diktieren. Daß Baßermann und einige andre nationalliberale Führer weg müssen, darüber ist man wohl schon einig. Daß Herr Baßmann das vor Jahresfrist zurückgewiesene und jetzt vom Erbprinzen von Hohenzollern aufgegebenes Amt des zweiten Vizepräsidenten annehmen muß, gilt als selbstverständlich. Darüber hinaus wird jetzt folgende Proklamation erlassen:

Soll es gelingen, die bürgerlichen Parteien zu einer antijohannidemokratischen Phalanx zu vereinigen, dann ist dies bei dem gegenwärtigen Zustande der linksliberalen nur unter deren absolutem Ausschluß möglich. Und dann muß die nationalliberale Partei einen unabweisbaren und endgültigen Bruch mit der Fortschrittlichen Volkspartei vollziehen.

Also mit dem blau-schwarzen Bloß sollen die Nationalliberalen nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Fortschrittspartei marschieren. Die Kovich, Fischbeck, Radnische, Gedischer usw. und des „Radikalismus“ verdächtigt, nun soll der Nationalliberalismus auf König Gendebands Scheiß ihre Häupter haken!

Einige nationalliberale Blätter wehren sich allerdings noch gegen diese Zumutung. So erklärt die „Königliche Zeitung“ in einem Berliner Telegramm:

Wir meinen, wenn die Wiederannäherung zwischen Konservativen und Nationalliberalen, wie sie die „Kreuzzeitung“ in ihrem ganzen Artikel zu wünschen und zu fördern angibt, nur durch Überzeugung gewisser Persönlichkeiten zu erreichen ist, daß es dann wohl mehr an der konservativen Partei wäre, diese Opfer zu bringen und Persönlichkeiten aus ihrer Partei auszuscheiden, die jedenfalls zur Förderung antijohannidemokratischer und antijohannidemokratischer Gesinnung mehr beigetragen haben als andre, die vielleicht einmal einen Sozialdemokraten als das mit immer größerer Uebel im politischen Kampf hingestellt haben.

Dasselbe nationalliberale Organ tritt in demselben Telegramm auch dem Versuch der „Kreuzzeitung“ entgegen, den Nationalliberalen den durch den Rücktritt Hohenzollers frei gewordenen Präsidentenstuhl anzubieten. Sie nennt dies Anjagen einen wiederholten Versuch, den man schon bei der ersten Besetzung des Reichspräsidentenstuhls unternahm, die Nationalliberalen als Deckfirma der reaktionären Vorherrschaft im Reichstag mit heranzuziehen.

Auch der nationalliberale „Gannot. Cour.“ verhält sich heute ablehnend gegenüber den Konservativen. Das Blatt redet seinen konservativen Parteifreunden ins Gewissen:

Die Bekämpfung der roten Gefahr wird vom Liberalismus durchaus als politische und nationale Pflicht anerkannt. Nicht nur der Nationalliberalismus, auch die Freisinnige Volkspartei hat dieses Ziel stets viel ehrlicher verfolgt als etwa das Zentrum. Aber die Meinung ist allerdings in liberalen Kreisen mehr und mehr zur Geltung gekommen, daß nicht durch Polizeimaßnahmen und Ausnahmegesetze, auch nicht durch Mundtotmachung in den Parlamenten die Sozialdemokratie wirksam bekämpft werden kann, sondern allein durch eine fortschrittliche Entwicklung, durch eine vollständige Regierung. Auf dem Wege zu diesem Ziele findet er den schwarzblauen Bloß als gewaltiges Hindernis. Nur durch seine Schwächung und nach seiner Schwächung ist es möglich, der Sozialdemokratie das Heer der Mittläufer zu entfremden und Ueberlegung und Nachprüfung auch in den Reihen der Eingeweihten nachzurufen.

Die Meldungen aus Schleswig-Holstein, Oldenburg und Hagen in Westfalen beweisen dagegen, daß die dortigen Nationalliberalen geneigt sind, in den schwarzblauen Bloß einzutreten und dem Kommando der „Kreuzzeitung“ widerspruchslos zu folgen.

Ein politischer Finanzskandal.

Seit März 1908 schleppt sich vor dem Pariser Korrekionsgericht ein Prozeß gegen einen Bankier namens Rochette hin. Als Rochette, der sich vornehmlich mit industriellen Gründungen befaßte und es vom Laufburschen zum millionenschweren Finanzmann gebracht hatte, verhaftet wurde, gab es an der Pariser Börse einen kleinen Finanzkrach. Die Rochette'schen Wertpapiere fielen vom 21. zum 24. März von 541 Frank auf 20 Frank, von 324 auf 14 Frank, von 585 Frank auf 5 Frank usw. Eine Unzahl kleiner Sparer — Rochette hatte seinen Kundenkreis vornehmlich unter den „kleinen“ Leuten — wurde ruiniert.

Gleich zu Beginn schien die Verhaftung und die Anklage nicht ganz ordnungsgemäß zustande gekommen zu sein, ohne daß man jedoch mehr als Vermutungen und allgemeine Behauptungen aussprach. Rochette war schwindelhafter Gründungen, Bilanzverschleierungen und ähnlicher Dinge angeklagt. Merkwürdig war jedoch, daß die Generalversammlung der Aktionäre diesem Gauner trotzdem ihr Vertrauen aussprach und daß bei der vom Gericht zwangsweise angeordneten Bankrotterklärung sich statt einer Unterbilanz ein — Ueberschuß ergab!

Sogar das Parlament wurde in Bewegung gesetzt. Die Regierung wurde interpelliert, angeblich weil sie über die Gerichte gegen Rochette nicht schnell genug vorgegangen wäre. Es wurde behauptet, daß Rochette sich des Schutzes einflussreicher Parlamentarier erfreue. In der Tat war der Vizepräsident der Kammer, Rabier, juristischer Beirat des verhafteten Bankiers. Andererseits wußte man jedoch, daß der damalige Senator Prevot, Direktor des Pariser „Petit Journal“, an der Verhaftung des Bankiers Rochette besonders interessiert war. Herr Briand, damals Justizminister, erklärte jedoch in der Kammer, daß er ein chancenreicher Mann sei und daß die Regierung in keiner Weise in die Justizaktion eingegriffen hätte.

Kein Mensch ahnte, daß die Interpellation nur eine abgefartete Komödie war, bestimmt, die öffentliche Meinung auf falsche Fährte zu leiten. Seitdem schleppte sich der Prozeß mit der üblichen Langsamkeit hin, bis es vor einigen Tagen zum Krach kam.

Der ursprüngliche Kläger gegen Rochette kam nämlich als Reuge vor Gericht und jagte aus, daß er niemals eine Aktie der Rochette'schen Unternehmungen besaßen, sondern nur als Strohmann durch Vermittlung eines Bankiers und auf Veranlassung des Senators Prevot und des Kabinettschefs des Polizeipräsidenten, namens Yves Durand, aufgetreten sei. Der Mittelsmann und Prevot besätigten diese Aussage, während Durand sich hinter dem Amtsschloß verhielt.

Um dem öffentlichen Skandal zu begegnen, ließ der Polizeipräsident Lepine im „Matin“ eine offiziöse Erklärung los, in der es heißt: „Der Polizeipräsident hat, indem er außerhalb der Justizaktion einen Kläger suchte, der die Eröffnung einer Unterjudung herbeiführen könnte, hat damit erhaltene Befehle ausgeführt. Diese Befehle sind ihm persönlich von dem Minister des Innern, Herrn Georg Clemenceau, gegeben worden!“

Clemenceau befindet sich zurzeit auf hoher See, auf einer Reise nach Südamerika, er kann also nicht erwidern. An seiner Stelle haben seine zwei Brüder der Presse einen Protestbrief zugesandt, über dessen Wert man verschiedener Meinung sein kann. Jedenfalls wird Briand, der zur Zeit der Verhaftung Justizminister war, in der Kammer und Lepine, der immer noch Polizeipräsident ist, im Gemeinderat antworten müssen.

Zur Erklärung dessen sei bemerkt, daß Rochette nicht nur dem Senator Prevot unheimlich geworden war, weil er sich des „Petit Journal“ bemächtigen wollte; er trat auch als Konzeptionist der zu zerlegenden Omnibus- und Tramwaylinien auf, die in Händen einer Finanzgesellschaft sind, an dessen Spitze Herr Etienne steht, Vizepräsident der Kammer und ehemaliger Minister. Prevot und Etienne aber gehören zu den trautesten und einflussreichsten Säulen des Ministeriums Clemenceau.

Es wird aber noch etwas anderes festgestellt werden müssen. Zwischen dem 21. und dem 23. März 1908, dem Tage der Verhaftung Rochettes, haben erhebliche Wertschwankungen auf die Wertpapiere Rochettes stattgefunden. Das kann nur von Personen unterrichtet worden sein, die von der bevorstehenden Verhaftung Rochettes wußten.

Die „Humanität“ schreibt zu dem Skandal: „Der Panama-Skandal war nur ein finanzieller Schwindel. Die Affäre Rochette ist etwas mehr. Sie ist eine soziale Affäre. Besser und mehr als in der Panama-Affäre sieht man da alle Räder des modernen Kapitalismus an Werke. Die Regierungsgewalt, die Presse, die Polizei, die Börsen- und die Gerichtswelt, die Justiz mit ihren qualifizierten Vertretern, alles das wird mit großem Sicht erhebt. . . Diese Briganten sind es, die auf der Parlamentaristik von Ordnung und Tugend stehen. Diese Briganten sind es, in deren Namen man regiert. Diese Briganten sind es, die die ermüdende Arbeiterklasse niederzwingen wollen. Diese Briganten sind es, die an Konzeptionen-

tagen schießen und hauen lassen. Diese Briganten sind es, die unfern Beurteilten die Amnestie verweigern. Diese Briganten sind es, deren Geschrei man alle Tage liest und die, während unsre arme „Humanität“ es heute erst zu einer Auflage von 100 000 gebracht hat, die Arbeiterklasse mit ihren Bügen und Feuersteinen vergiften und sie in Millionen von Blättern verbreiten.“

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 11. Juli 1910.

Die Staatsgewalt zu Pferde.

Die Entscheidung des hiesigen Schöffengerichts, das einen Angeklagten wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt, weil er einem Schußmannspferd, das ihn hart bedrängte, einige Hiebe mit seinem Stode beibrachte, hat den Wochenplauderer unsres Hamburger Parteiorgans zu folgenden Versen angeregt:

Söhnend greife ich zu meiner Laute,
Schauerlich erkönt mein Kammerlieb;
Wißt ihr, was ich erschäute,
Was in dieser schönen Welt geschieht.

Mord und Totschlag gibt's fast alle Tage,
Wie in jeder Zeitung stets zu lesen steht;
Aber meines Herzens bitt're Klage
Gilt dem Schmund der Staats-Autorität.

Nichts ist heilig mehr den argen Motten,
Nicht einmal der Thron und der Altar;
Ja die hohe Polizei verspottet
Die Verworfenen jezo oft sogar.

Leider ist an solcherlei Manieren
Selbst die gute Menschheit schon gewöhnt
Und sie pflegt kaum noch zu protestieren,
Wenn das Heiligste wird frech verhöhnt.

Wenn man solches Treiben immer duldet,
Romant's zum Ueberflimmten mit der Zeit,
Und man hat denn selber es verschuldet,
Daß die Unfurzfaat so gut gedeiht.

Hört nur, was in Magdeburg geschehen
Dieses Jahr, und zwar am ersten Mai,
Da die roten dreißt spazierengehen
Mit Musik und allerhand Geschrei.

Dem Beruf gemäß die Polizei
Ritten forsch hinein ins rote Pack,
Denn bekanntlich ist ja diese Feier
Keineswegs nach Bourgeois-Geschmack.

Rechts und links die Pöbeln saufen nieder
Und vollbracht ward manche kühne Tat;
Blut'ge Köpfe und zerbleute Glieder
Legten Zeugnis ab vom Ordnung'staal.

Auch die Polizeiergänze taten
Schlicht und sachlich ihre hehre Pflicht;
Eifrig auf die Hühneraugen traten
Zielbewußt sie manchem roten Wicht.

Während seine Amtspflicht streng erfüllte
So ein Gaul, schlug ihn ein Sozialist,
Welcher außerdem noch heftig brüllte:
„Du verdammtes altes Schinderdiebst!“

Aber sofort nahm man am Schlafittchen
Diesen ganz berruchten Bösewicht;
In der Folge zu zwei Wochen Rittchen
Hat verurteilt ihn stramm das Strafgericht.

„Weil der Staatsgewalt er widerstanden“,
Wie es in den Urteilsgründen heißt,
Nicht der Kerl in Ketten und in Banden
Seine Freveltat, so frech und dreist.

Also wird in diesem Falle zwar geurtheilt,
Was getan der schtyme Sozialist.
Aber, frag' ich, ob denn mit zwei Wochen
Wohl genügt das Staatsverbrechen ist?

Daß zu mild die Magdeburger Richter,
Darob klagt mit Recht die ganze Welt,
Wenn ein Gaul nicht heilig dem Gelichter,
Wird man je'n, daß auch der Thron bald fällt.

Wer die Staatsgewalt im Gaul mißachtet,
Ist zu jeder Schandtat auch bereit;
Dum des Richters Amt ist, daß er trachtet,
Wie er uns von solcher Brut bezeit.

Magdeburger Richter, euer Streben
Ist zwar löblich, euer Scharfsinn groß,
Doch warum liegt ihr den Kerl am Leben?
Solch Verbrechen führt der Tod doch bloß!

Köpfe muß man solche Missetäter
Wider Preukens Staatsgewalt zu Pferd!
Köpfe muß man diese Hochverräter!
Solche Schufte sind nichts andres wert.

Allerdings kann es nur wenig nützen,
Wenn man nur die Gänse heilig spricht,
Auch noch andre Viecher soll beschützen
Jedes hochnotpeinliche Gericht.

Wohl wird Magdeburger Recht uns frommen,
Baut man weiter nur auf diesem Grund:
Ist die Staatsgewalt auf's Pferd gekommen,
Kommt sie sicherlich bald auf den Hund!

— Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag den 19. Juli, abends 8½ Uhr, im „Sachjenhof“, Gr. Storchstraße 7, statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht der Kommission über die Frage der Reichstagskandidatur, Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Pressekommision, Wahl der Funktionäre, Verschiedenes. In dieser Versammlung hat also der Vorstand Rechenschaft über alles zu geben, was er im Laufe des Jahres getan oder auch unterlassen hat. Damit die Genossen und Genossinnen die ganzen Aktionen der Partei um so besser würdigen können, wird ihnen vor der Generalversammlung der Jahresbericht gedruckt aufgestellt werden. Wir empfehlen ihn den Parteigenossen zum eifrigen Studium, damit sie für Wünsche oder Beschwerden, die sie in der Generalversammlung äußern wollen, entsprechend vorbereitet sind. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß das Mitgiedsbuch vorgezeigt werden muß. Gleichzeitig fordern wir die Parteigenossen auf, für recht zahlreichen Besuch zu agitieren. —

— Das diesjährige Schützenfest beginnt am Sonntag den 31. Juli und dauert bis Sonntag den 6. August. Nach den bisher erfolgten Anmeldungen zu schließen, wird für die Schaulust der Klasse in überreicher Weise gesorgt sein. Aber auch sonst wird es an Unterhaltung und Kurzweil nicht fehlen, da der gegen früher vergrößerte Festplatz eine vermehrte Zahl von Ausstellern und sonstigen „fahren-den Volk“ fassen kann. Um den richtigen Schützenfestsummei gehörig

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 161.

Magdeburg, Mittwoch den 13. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Der Ortskrankentag.

Kochbrud verboten.

Hg. Regensburg, 10. Juli 1910.

Der Besprechung der Reichsversicherungsordnung ist in der Hauptsache die diesjährige (17.) Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich gewidmet, die am Sonntag abend unter Teilnahme von etwa 500 Delegierten aus allen Teilen des Reiches im „Neuen Saal“ in Regensburg durch Frähdorf (Dresden) eröffnet wurde. In der konstituierenden Vorversammlung wurden zu Vorsitzenden gewählt als Vertreter der Arbeitgeber Baumeister Döhner (Regensburg) und als Vertreter der Arbeitnehmer Brandes (Magdeburg) und Frähdorf (Dresden). Beschlossen wurde, der Reichsversicherungsordnung einen vollen Sitzungstag zu widmen. Die Besprechung soll sich lediglich mit den Beschlüssen der Reichstagskommission beschäftigen. Die nächste Jahresversammlung soll 1911 anlässlich der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden abgehalten werden.

Zur Versammlung am Montag waren Vertreter der bairischen Kreisregierung, der Stadt Regensburg, der Handelskammer und Handwerkskammer erschienen, außerdem mehrere österreichische Reichsratsabgeordnete und der Reichstagsabgeordnete für Regensburg, Freiherr von Psetten (Zentrum), der Mitglied der Reichsversicherungscommission des Reichstags ist. Der Vorsitzende Frähdorf (Dresden) führte zur Reichsversicherung aus, daß es sich heute um eine der wichtigsten Tagungen handle. Die Entscheidung über die Neugestaltung der Reichsversicherungsordnung soll noch in diesem Jahre fallen. Wir haben in früheren Versammlungen und auch auf dem großen allgemeinen Krankentag in Regensburg mit dieser Frage beschäftigt und der Regierung Vorschläge gemacht. Leider scheint man sie nicht genügend berücksichtigt zu haben, vielmehr haben sich Einflüsse geltend gemacht, die mit der Sache selbst nichts zu tun haben. In bezug auf die Erweiterung der Versicherungspflichtigen entspricht die Regierungsvorlage zum Teil allerdings unseren Wünschen. Aber in bezug auf die Organisation scheint man die

unheilvolle Zersplitterung

Leiden lassen zu wollen. Wir müssen Zentralisation verlangen in den einzelnen Orten und eine einzige große Orts- und Landesversicherung muß bestehen. Erste Bedenken müssen die Vorschläge der Kommission bezüglich der Selbstverwaltung erregen. Die Selbstverwaltung, wie sie jetzt besteht, ist historisch geworden, sie hat das Versicherungswesen vorwärts gebracht. Die gute Entwicklung der Krankenversicherung ist nur der Selbstverwaltung zu danken und eine Vorbedingung für diese Vorwärtsentwicklung ist das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie allein wissen, was dem Versicherten frommt, und die Regierung soll lediglich über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften wachen. (Lebhafter Beifall.) Eine andre wichtige Frage, die zu regeln ist, ist die Arztfrage. Es ist ja bekannt, wie von einer Ärzte-Organisation die Krankenkassen bedrängt worden sind, wie man sogar nicht zurückgeschreckt ist vor den bedenklichsten Maßnahmen. Man hat

Krankenkassen hilflos liegen lassen,

bloß weil sie einer Krankenkasse angehörten, mit der die Ärzte-Organisation in Differenzen lag. Das hat ja sogar der Herr Reichstagspräsident getadelt. Wir hoffen, daß durch die Reichsversicherungsordnung eine Lösung dieser Arztfrage erfolgen wird. Wir müssen uns rüsten, den Kampf durchzuführen, da dieser Zustand doch bestehen bleibt. Dazu brauchen wir aber gesetzliche Maßnahmen. In letzter Zeit ist in einer Weise gegen die Ortskrankenkassen operiert worden, als ob die Selbstverwaltung in Gefahr stehe. Gewiß mag die eine oder andre Kasse einmal etwas Förmliches beschließen haben. Im allgemeinen haben aber Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter ihre volle Pflicht erfüllt und mit Aufopferung gearbeitet. Man sollte die politischen Motive nicht kinnlich in die soziale Versicherung hineinbringen. Man muß der Öffentlichkeit eingureden, daß die Arbeitgebervertreter in den Krankenkassen politische Ziele verfolgen. Die Arbeitgeber-

vertreter in unsern Reihen wissen, wie fern den Arbeitern derartige liegt. Man soll nicht das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern fördern. Es ist ja begreiflich, wenn die Mehrheit irgendeiner Richtung Einfluß auf die Sozialinstitute zu gewinnen sucht. Ebenförmig wie wir es dem Zentrum, den Konservativen oder den Liberalen verdrängen, wenn sie Einfluß auf die Krankenkassen zu gewinnen suchen, soll man den sozialdemokratischen Arbeitern das Recht abprechen, wirtschaftliche Einflüsse gewinnen zu wollen. Nur darf es nicht zu politischen Zwecken ausgenutzt werden.

Das ist bisher nie geschehen.

Es ist unrichtig, daß die Arbeitgebervertreter in den Krankenkassen majorisiert werden. Eine Umfrage zeigte, daß die Arbeitgebervertreter mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden sind und daß sie auf dem Standpunkt stehen, daß die Versicherung mit und durch die Arbeiter geführt werden soll. Die Beschlüsse werden auch meist infolge Vereinbarung einstimmig gefaßt. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen heute noch einmal unsere Stimme erheben im Interesse der von uns vertretenen über 4 1/2 Millionen Krankentagungsmitglieder! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erörterte Rechtsanwalt Dr. Mayer (Frankenthal) die Beschlüsse der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung.

Er bedauert einleitend, daß die Reichstags-Ver sicherungskommission die Frauen nicht für würdig befunden habe, Versicherungssträger zu werden. Ein großer Teil der Ergebnisse der Reichstagskommission beruht auf Zufälligkeiten. Er bespricht dann eingehend die Entscheidungen der preussischen Verwaltungsgerichte in bezug auf die Verweigerung des Rechtes an die Krankenkassen, Kongresse zu besuchen. In bezug auf die Sozialpolitik besteht noch eine Mainlinie. Wir in Süddeutschland wissen nichts von den Kleinlichen Hemmungen, welche die norddeutschen Verwaltungsbehörden den Krankenkassen in den Weg legen. Wir verstehen diese Politik nicht, wie sich die Krankenkassen in Sachen und Kreisen herumzuschlagen haben, wegen ein paar Pfennige Verwaltungsstellen. Bei der künftigen Gestaltung der Reichsversicherungsordnung müssen wir darauf drängen, daß die süddeutsche Auffassung Gesetz wird, und daß künftig das Bestreben der Vorstandsmitglieder, ihren Blick zu vertiefen, nicht gehemmt wird. In der ersten Lesung hat die Reichsversicherungscommission des Reichstags diese Frage des freien Vereinigungsrechtes aber nicht verbessert, sondern noch verschlechtert, indem sie die Entscheidung in das freie Ermessen der Zentralbehörde stellt. Merkwürdigerweise ist von keiner Partei hiergegen Widerspruch erhoben worden. Gegenwärtig bleibt uns noch die Möglichkeit, durch gerichtliches Verfahren das Kongressrecht uns zu erkämpfen, während künftig an dessen Stelle die Willkür der obersten Zentralbehörde treten soll. Es handelt sich hier um die Möglichkeit von künftigen Krankentagungskongressen, die wesentlichen Anteil an der fortschrittlichen Entwicklung der Sozialversicherung tragen und die wesentlich mitgearbeitet haben an der Förderung des Wohnungswesens, an der Bekämpfung von Volkskrankheiten, Alkoholmißbrauch usw. (Lebhafter Beifall.) Es ist daher ein Schutz dieser freien Vereinigung notwendig durch Festlegung des Kongressrechtes. Auch ist eine gesetzliche Regelung der rechtlichen Grundlagen für die Betätigung des freien Kongresswesens notwendig.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Vereinheitlichung der Behördenorganisation. Er ist mit den Grundgedanken mit dem Regierungsentwurf einverstanden, hat jedoch in Einzelheiten eine Reihe von Bedenken. Bezüglich der Selbstverwaltung hat der Entwurf bei den Leistungen der Krankenkassen eine Differenzierung der Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen festgesetzt. Bei den Landkrankenkassen ist

kein freies Wahlrecht

vorhanden und kein absolutes Kontrollrecht. Die Versicherten haben nichts zu sagen, sondern nur die Gemeindevorstände. Man vergegenwärtige sich das Bild, daß im Osten der Herr von Januschkau die Landkrankenkasse verwaltet. (Heiterkeit.) Die Reichstagskommission hat die Gleichstellung beschlossen und bleibt hoffentlich auch in der zweiten Lesung fest. Ich habe mich nicht

wiederholten Malen als Arbeitgeber dafür ausgesprochen, daß die Versicherten das Uebergewicht in der Krankenkasse haben. Politische Gründe, die für einen großen Teil der Versicherten bei der Geltendmachung dieser Forderung maßgebend sind, kommen für mich nicht in Frage. Die Arbeitnehmer sind die Empfangenden. Sie haben ein überwiegendes Interesse an dem Gelingen der Versicherung. Erwerbsgruppen, die mit über fünf Millionen Krankheitsbehandlungen an einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung beteiligt sind, haben ein Anrecht darauf, daß sie auch diese Einrichtungsbeeinflussen können. Als Arbeitgeber muß ich hier aussprechen, daß die großen Fortschritte der Krankenkassen auf dem Gebiet der Mehrleistungen im

Kampf gegen Volkskrankheiten und Alkoholismus

nicht möglich gewesen wären, wenn die Arbeitnehmer nicht ein überwiegendes Stimmrecht gehabt hätten. (Lebhafter Beifall.) Deshalb begrüße ich es, daß die Reichstagskommission die Hälfte abgelehnt hat. Ich begrüße es auch im Interesse weitester Kreise des Mittelstandes. Es ist nicht wahr, daß die Arbeitgeber allgemein die Hälfte wollen. Das will nur eine kleine Gruppe Großindustrieller. Die große Mehrzahl des Mittelstandes will nicht für 150 Millionen Mehrleistungen auf sich nehmen. Wir hoffen daher, daß die politischen Kreise, die ein Interesse daran haben, den Wünschen der mittleren Schichten des Erwerbslebens Rechnung zu tragen, auch in der zweiten Lesung festbleiben werden. Es ist in der Tat nicht wahr, daß im allgemeinen große Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in den Krankenkassen bestehen. Der größte Teil aller Beschlüsse wird einstimmig gefaßt. In den seltensten Fällen kommt es zu Mehrheitsbeschlüssen. Wir können uns glücklich schätzen, daß noch eine Institution vorhanden ist, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer friedlich zusammenarbeiten können. Gerade die Sozialversicherung ist der erste großzügige Versuch gewesen, die Arbeiterschaft heranzuziehen zur Selbstverwaltung. Gewiß soll keine Parteipolitik in den Krankenkassen getrieben werden. Es soll aber auch keine Parteipolitik gegen die Krankenkassen Platz greifen. (Stürmischer Beifall.)

Bei der Beratung des Beamtenrechts sind in der Reichstagskommission heftige Ausfälle gegen den Tarifvertrag des Zentralverbandes mit der Beamtenorganisation gemacht worden. Von einem konservativen Redner wurde es als der größte Skandal in Deutschland in den letzten 10 Jahren bezeichnet, daß nach dem Tarifvertrag ein Angelegter, der befristet ist, nicht seines Amtes entsetzt werden kann. Ich erkenne an, daß die beantragte Stelle eine große Dummheit des Zentralverbandes und seines Vorstandes war. (Frähdorf ruft: Ich lehnte ab!) Ich erkenne an, daß unser Vorsitzender sich mit Händen und Füßen gegen diese Bestimmung gewehrt hat, und bedauere, daß die damals tätigen Herren so kurzschichtig gewesen sind, sich vom Verstande der Angelegten hineinlegen zu lassen. (Zustimmung.) Aber es ist doch zu weitgehend, das als Skandal zu bezeichnen. Es sollte durchaus nicht beabsichtigt werden, einen Mann, der sich schwerer Vergehen schuldig gemacht hat, in der Kasse zu halten. Es gibt ja auch noch andre Mittel, einen unwürdigen Beamten zu beseitigen. Es ist ein Unfug, wenn in der Kommission die Sache so dargestellt wurde, als ob diese Bestimmung darauf hinzielt, sozialdemokratische Angestellte in den Krankenkassen für alle Zeiten dauernd in Stellung zu halten. Die konservativen Redner haben den Zentralverband durchweg als einen sozialdemokratischen Verband bezeichnet, wohl auch nur, um Stimmung zu machen. Wenn die Herren die Verhältnisse an der Quelle studieren würden, würden sie diese Behauptung nicht aufrechterhalten. Ich würde mich entschieden dagegen wehren, wenn in dieser Versammlung Parteipolitik getrieben werden sollte; hier sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus allen politischen Parteien. (Zustimmung.) Es ist eine Unwahrheit, daß wir es hier mit einem Verband zu tun haben, wie er von dem Grafen Westarp gekennzeichnet worden ist. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter in diesem Verband wie überhaupt in den Krankenkassen eine größere Rolle spielen, so liegt das in den natürlichen Verhältnissen. Gätten die Herren im Nordosten nicht 20 Jahre lang sich gestraubt gegen die Ausdehnung der Kranken-

Und deswegen die Folter!

Der Allenstein-Prozess ist in eiligen Schlußbetrachtungen eingekerkert worden, nachdem die Angeklagte im Zrennhaus verschwunden ist, das später sich in ein Sanatorium mildern wird. Bald wird die Erinnerung an diesen Prozess durch irgendeinen allerneuesten Skandal verdrängt sein.

Allenstein wird zu den folgenlosen Sensationen gehören. Die öffentliche Aufmerksamkeit und Erörterung ist allgütig durch die grelle Morbidität der außergewöhnlichen Vorgänge erschöpft und abgelent worden. Aber gerade das Gewöhnliche, das Normale, das Typische ist's, was von höchstem Erkenntniswert für die Kulturpsychologie unserer Zeit ist und auch nach acht Tagen noch nachdenkliche Beachtung finden soll.

Unser Empfindungsvermögen ist durch die unablässig sich drängenden Skandalprozesse so abgeimpft worden, daß heute uns als gleichgültig und nebenächlich erscheint, was vor einem Jahrzehnt noch die öffentliche Meinung nachhaltig aufgewühlt hat und nicht zur Ruhe kommen ließ. Wie ein harmloses Idyll aus der guten alten Zeit muten uns heute die Geschichten im Wilschrautgarten der Kleinen Garnison an. Die Ausdünstungen im Militärreich an der russischen Grenze haben die militärischen Wucherungen im Westen unendlich überboten; gleichwohl klammert sich heute das Interesse fast ausschließlich an das zufällige Schicksal der zwei Hauptpersonen, die an sich recht unerheblich sind und die nur deshalb auf den Markt geschleppt wurden, weil ihre seelischen und körperlichen Wirkungen in einem gleichgültigen Kriminalverbrechen erplaudert. Mit dem Empfinden des Militärtaats aber vermischen sich die Absonderungen einer Justiz, deren leitende Organe betäubt und deren dienende Werkzeuge unbewußt keine andre Aufgabe haben, als diesen selbst Staat in seinem Wesen und in seinem Nimbus zu schützen.

In den Betrachtungen über das Allenstein-Rechtsverfahren hat man häufig als Beweis der Klassenjustiz auf die auseinandergehende, nicht nur menschliche, sondern zärtliche Sorgfalt hingewiesen, mit der die reiche und vermögende Angeklagte von allen Seiten behandelt worden ist. Mißtrauisch hat man das Paar von Sachverständigen aufmarschieren sehen, die immer nur dann zur Stelle sind, wenn wohlhabende Sünder aus dem Zuchthaus in die Geilanstalt zu flüchten wünschen. Gewiß nicht jeder hat es so gut wie diese Angeklagte von Allenstein. Eine Frau von der Veranlagung der gebornen Lüders, ohne die angeborenen Kassenheime, endigt schnell, durch keine Zwangsarbeit ernst bestrafte Willenshaft

und humaner Gerichte aufgehoben, im Kote der Winkelprostitution, im Arbeitshaus, im Bordell, im Zuchthaus, im Spital; selbst die Kosten für das ohnehin überfüllte Zrennhaus erspart man sich in solchen Fällen.

Deswegen bleibt aber die Angeklagte des Allenstein-Prozesses eine arme Kranke von jener nicht gar seltenen unglückseligen Veranlagung, deren Opfer in den untersten Schichten der Gesellschaft rettungslos verfinstert. Frau von Schönebeck ist wohl in den einzelnen Neuzugungen ihres hemmungslosen Trieblebens, nicht aber in ihrem Wesen selbst ein Ergebnis ihrer Gesellschaftsschicht. Sie ist eine Kranke, deren Betätigungen natürlich durch die Geistesstörungen ihrer Kasse gefährdet sind; darum bleibt sie aber doch eine mitleidswürdige Kranke, die in lichten Augenblicken das Glend ihrer körperlichen Manie fühlt und dann wohl, über sich selbst hinausstrebt, den idealistisch verkörperten Freund zurückstößt, wie er zum erstenmal nach derben Ermahnungen läutern erscheint: er ist auch nur so wie die andern, feuert sie.

Es ist ein sehr wohlwollendes Mißverständnis der Justiz von Allenstein, wenn man sie fälschlich beschuldigt, daß sie versucht habe, eine Verbrecherin der höheren Stände zu retten. Es steht viel schlimmer um diesen Prozess. Gerade umgekehrt. Eine Frau sollte geopfert werden, um die Ehre der Armee zu retten.

Als es mit dem Vertuschen nicht mehr ging, bot man den Schauspiel dieses unglückseligen Prozesses, der keinen weiteren Zweck hatte, als der Welt zu beweisen, es sei in der preussischen Armee unerhört, daß ein Offizier seinen Vorgesetzten nicht nur mit seiner Frau betrügt, sondern ihn auch nächtlich niederknallt. Nicht als ob man beabsichtigt hätte, eine Verurteilung der Frau zu erzwingen; die war unmöglich. Aber man unterwarf eine Geisteskranke der Wochen hindurch immer wiederholten und gesteigerten Tortur eines Prozesses, aus dem die Ehre der Armee gereinigt hervorgehen sollte.

Der Prozess ist gewiß nicht begonnen worden, weil die Justiz sich vor dem Vorwurf der öffentlichen Meinung fürchtete, daß sie die Verfolgung von einem Verbrecher unterlasse; in der Eulenburg-Affäre hat dieselbe Justiz genügend bewiesen, wie schwerhörig sie zu sein vermag. Nein, der Prozess wurde begonnen um eines moralischen Zweckes willen, obwohl niemand das Hauptverfahren hätte eröffnen dürfen, denn die Voruntersuchung hatte bereits über allen Zweifel erhoben, daß die Schuld der Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte und daß es sich um eine erblich belastete, psychisch Entgleiste handelte. Aber man beabsichtigte, der Welt zu zeigen, daß kein Kavalier an der Armee bestehe, und daß die Heinen Zwangsfälle in der Garnison an der

russischen Grenze nichts seien als die fatalen Wirkungen eines Bevölkerungsin Weibesgehalt.

So zog die glorreiche Armee gegen eine einzelne Frau zu Felde und es wurde ein Prozess organisiert, der nichts war als eine grausame finn- und rußische Mißhandlung einer Geisteskranken.

Der Zweck des Prozesses wurde freilich nicht erreicht, er entglitt in seinem Verlauf seinen Regisseuren. Zwar war alles ganz klug bedacht. Namentlich wirkte der Ausschluß der Öffentlichkeit, der im Interesse der Sittlichkeit, vermutlich gar mancher Mißgheber der Allenstein-Garnison, verfügt wurde. Und indem man die Presse unter Auswahl und strenger Kontrolle zuließ, hatte man zugleich ein Mittel, mit Hilfe der erzwungenen Discretion der Richterfakten, die bei jeder unliebsamen Selbständigkeit durch völligen Ausschluß der Öffentlichkeit ums ganze Geschäft gebracht werden konnten, die Eindrücke der Augenwelt zu regulieren.

Aber das Verfahren mißlang. Die widerbenigen Dinge setzten sich durch ihre eigene Schwerekraft durch. Die ganze, die letzte Wahrheit wurde freilich verbüllt, doch die Ehre der Armee wurde nicht gerettet. Zwar wurde überallhin die schöne Fabel verbreitet von den schuldlosen Opfern einer schlecht-preussischen Reschafina — bis in den erst beschlagnahmten und jetzt wieder freigegebenen „Zukunft“-Welt Maximilian Gorkows hinein —, aber der Versuch mißglückte, daß ein ganzes Regiment durch eine besser bezahlte Offizierskavotte bedrückt worden sei — bis zum Meuchelmord am Vorgesetzten, dem man im Allenstein-Rechtsjargon jeztender als zugehöriges Duell benannt.

Amjont war das Aufgebot der militärischen Jenger, die Kamerad Goben unter dem Eide herausziehen. Sie schworen bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß er eine wahre Feldens- und Elitenatur war. Kamerad Fliege tat er etwas zuleide — aber er rühmte sich, in Wirta Wehrlose abgeföhnen zu haben. Er war der unheimlichste Ritter bedrängter Damen — aber er betrieb die Geliebte und denunzierte sie dem Zuchthaus, um sich selbst zu entlasten. Er war eine religiöse, von tiefinnerlichem Christentum erfüllte Persönlichkeit — aber er war ein Verbrecher Friedrich Reiches. Er war ein wahrer Märtyrer unbedingter Wahrhaftigkeit — aber er lag bis ins Generalstabswort Feldentanten in Schlachten, an denen er gar nicht teilgenommen hat. Er war der treue Freund und Kamerad — aber er beschwänkte seine Freunde und betrog seinen Kameraden. Er war ein reiner Lohr, ein feuchter Parzival, einen Mönch nannte man ihn, und seine Unberührtheit bewunderten ehrfürchtig-begehrlich so viele Damen — aber die Dämonen auf der Straße der Großstadt tanzten ihn, und als Kerntüte

versicherung auf die ländlichen Arbeiter, so würden wir vielleicht auch das Vergnügen haben, auch Großgrundbesitzer in unserer Mitte zu sehen. (Geisterheil.) Ein großer Teil der Beschlüsse der Reichstagskommission bedeutet

wesentliche Verbesserungen.

Es wäre eine Ungerechtheit, wenn ein objektiver Beurteiler das nicht anerkennen wollte. Aber diese Verbesserungen sind noch nicht das, was wir verlangen können. Teilweise aber, namentlich bezüglich der Zentralisierungsfrage, enthalten die Beschlüsse sogar Verschlechterungen. Ich schließe mit dem Wunsch, daß die Reichstagskommission an den Verbesserungen auch in der zweiten Lesung festhalten wird und daß der Reichstag und die Reichstagskommission im Interesse einer allgemeinen Verständlichkeit zum Schluß die Gesetzentwürfe — wie das auch die Reichsregierung bei ihrer Vorlage getan hat — dem Allgemeinen deutscher Sprachverein zur sprachlichen Durcharbeitung unterbreiten wird. In der Regel sind die Gesetzentwürfe der Regierung nach der sprachlichen Seite vom Reichstag immer erheblich verschlechtert worden. (Beifall.)

Es nahm hierauf das Wort Reichstagsabgeordneter Freiherr von Bötticher (Zentrum): Ich gestehe zu, daß der Standpunkt für mich ein großes Interesse hat, und auch, daß Ihren Beschlüssen große Bedeutung beizulegen ist. Aber andererseits muß auch festgestellt werden, daß, wie in allen Dingen, auch hier große Gesetzentwürfe vielleicht doch auch von einem andern Gesichtspunkt aufgefaßt werden muß. Die Verschiedenartigkeit der Auffassungen zu vereinigen muß Aufgabe des Reichstags und seiner Kommission sein. Vielleicht handelt es sich hier um die schwierigste Aufgabe, die je den Reichstag beschäftigt hat. Der Referent hat auf die großen Verschiedenheiten zwischen Nord und Süd bereits hingewiesen. Dazu kommen noch die großen wirtschaftlichen Verschiedenheiten. Was in den Industriegebieten Mittel und Westfalen und im Königreich Sachsen wünschenswert ist, begegnet großen Schwierigkeiten im östlichen Teile Deutschlands und in den rein ländlichen Teilen Süddeutschlands, namentlich Bayerns und Württembergs. Darin liegt die größte Schwierigkeit für die Verwirklichung des Gesetzes. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Wohl aber will ich hervorheben, daß ein Annehmbar von der Regierung nur ausgesprochen worden ist, als es sich um die

Beseitigung der Betriebskrankenkassen

handelt. Bei den anderen Punkten haben die Regierungsvertreter nur gemeint, aber nicht von einem Annehmbar gesprochen. Daraus ist das große Interesse der Regierung an dem Zustandekommen des Gesetzes zu entnehmen und die Erwartung, daß in zweiter Lesung durch ein Kompromiß das Gesetz noch zustande kommen wird. (Hört, hört! Unruhe.) Kompromiß und auch Verhandlungen hinter den Kulissen sind bei uns nicht unheimlich vorübergehenden im Reichstag unvermeidlich. Der Referent hat von Parteien gesprochen, die sich in der Gunst der Regierung jenen. Soweit er meine Partei, das Zentrum, gemeint haben sollte, muß ich das zurückweisen. Ich muß auch zurückweisen, daß in der Kommission politische Rücksichten eine größere Rolle gespielt haben als beredungstechnische. (Widerpruch.) Ich bebreite es. Ich gebe allerdings zu, daß politische Gesichtspunkte eine gewisse Bedeutung gehabt haben. Aber sie haben weit zurückgeblieben hinter den versicherungstechnischen und wirtschaftlichen Erwägungen. Wer ist denn aber schuld daran, daß parteipolitische Erwägungen hineingezogen worden sind? Doch nur die Parteien, die die Parteipolitik in die wirtschaftlichen Fragen hineingetragen haben, und das ist doch nicht bloß von einer Seite aus geschehen. Ich bin mit dem Referenten darin einverstanden, daß die Regierungsvorlage in ihren Grundzügen eine geeignete Grundlage für das Zustandekommen einer Reichsversicherungsordnung bildet. Meine politische Partei nimmt den Standpunkt ein, daß der grundlegende Gedanke der Regierungsvorlage ein gesunder ist. Wenn diese Tagung dazu beitragen sollte, zum Zustandekommen des Gesetzes beizutragen, so würde das im Lande weitesten Widerhall finden. Gestatten Sie mir zum Schluß, Ihren Verhandlungen einen erspriechlichen Verlauf zu wünschen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf sprach Brachel (Köln) über die

Arzte- und Apothekerfrage.

Die Arztefrage ist eine Lebensfrage für die Krankenkassen. Sie hat in der Regierungsvorlage eine Regelung gefunden zum Nachteil der Kassen. Wir erkennen die Bedeutung des Arztesstandes an und auch die Notwendigkeit einer angemessenen Vergütung. Wir wenden uns aber gegen eine Überhöhung der ärztlichen Forderungen und gegen die Ausschreitungen des ärztlichen Koalitionsrechts. Die

freie Arztwahl liegt nicht im Interesse der Ärzteschaft im allgemeinen, sondern nur im Interesse einer bestimmten Organisation. Es verheißt sich dahinter naechter Egoismus. Die Ärzte sind in ihren Honorarforderungen so antwortlos, daß selbst ein gewiß nicht arztfeindliches Blatt wie das „Berliner Tageblatt“ sie als zu weitgehend bezeichnet. Wir sind nicht Gegner des Koalitionsrechts der Ärzte, sondern wir bedauern nur, daß die Leitung der Ärzteorganisation in der Wahl der Mittel Egoismus und Moral außer Frage läßt. Wiederholt hat das Reichsgericht Maßnahmen des Leipziger Ärzteverbandes als

gegen die guten Sitten

verstoßend bezeichnet. Bedauerlich ist, daß die Organisation eines so angelegenen Standes sich von dem Grundsatz leiten läßt: Der Zweck heiligt die Mittel. (Hört, hört!) Der Entwurf enthält eine ungerichtfertige Parteivorteilnahme für die Ärzteorganisation. Die Regierung soll sich überlegen, einer Organisation eine Waffe in die Hand zu geben gegen eine von ihr selbst geschaffene soziale Institution. Die Regierungsvorlage ist nicht geeignet, die Krankenkassen vor unberechtigten Forderungen der Ärzteorganisation zu schützen und Frieden herbeizuführen. Alle Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind sich darin einig, daß die Krankenkassen nicht ein Ausbeutungsfeld für den Arztstand auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren sein dürfen. Gegen den Zusatz, daß kein Arzt aus politischen, religiösen oder nationalen Gründen von der Kassenbehandlung ausgeschlossen ist, haben wir nichts einzuwenden, obwohl dieser Zusatz überflüssig ist. Die Krankenkassen haben immer bewiesen, daß

nur wissenschaftliche Befähigung

des Arztes für sie maßgebend ist. Das hat selbst der Abgeordnete Dr. Mugdan zugeben müssen. Von allen Seiten ist das Vorgehen der Ärzteschaft in der Kommission verurteilt worden. Der Abgeordnete Mugdan ist in der Kommission aufgetreten, als ob er von dem Leipziger Verband in den Reichstag gewählt worden wäre. (Hört, hört!) Die Beschlüsse der Reichstagskommission haben eine Reihe Unklarheiten übriggelassen. Wir wollen nicht herrschen, sondern die Krankenkassen leben sähig erhalten. Wir hoffen, daß der Appell, den die berufenen Vertreter der Krankenkassen in letzter Stunde noch erhoben, bei der Reichsregierung und dem Reichstag nicht ungehört verhallen. Wir wollen nichts Unbilliges, sondern nur ausgleichende Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Magnan (Berlin) behandelt das

Angestelltenrecht.

Er erblickt in der dem Oberberufungsamt eingeräumten Befugnis der Anstellung der Kassenbeamten einen Eingriff in die bisherige Selbstverwaltung. Durch die Erteilung der Beamtenqualifikation würden die Angestellten gehindert, ihre Ueberzeugung frei zu entsaften. Man will auf diesem Umweg aus politischen Erwägungen das Selbstverwaltungsrecht der Kassen beschränken und dem Beamten seine politische und religiöse Unabhängigkeit nehmen. Wir müssen verlangen, daß die Anstellung der Angestellten und die Aufstellung der Dienstordnung wie bisher ausschließlich das Recht der Kasse bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Als letzter Referent sprach Albert Kohn (Berlin) über die

prophylaktischen Aufgaben der Krankenkassen.

Er verlangt eine Erweiterung der Krankenbehandlung und der Leistungen der Krankenkassen. Bei der Wöchnerinnenhilfe sind kleine Verbesserungen vorgezogen. Im Interesse eines gesunden Nachwuchses muß die Mutter- und Kinderversicherung aber eine viel umfangreichere werden. Wenn die Krankenversicherung ausschlaggebend auf die Gestaltung der Volksgesundheit sein soll, dann muß notwendig die Krankenbehandlung auf die Familie ausgedehnt werden. Der § 372 ist eine der erfreulichsten Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung, für die wir schon seit Jahrzehnten gekämpft haben. Es können nun endlich die Mittel der Kassen verwendet werden zu allgemeinen Schutzmaßnahmen zugunsten der Erkrankten. Es sei daran zu erinnern, daß der internationale Tuberkulosekongreß für die deutschen Krankenkassen einen Markstein bildet. Dort haben sie gelernt, welche Aufgaben den Krankenkassen erwachsen im Kampfe gegen diese Volkspeste. Die Bestimmungen für die Hausarbeit sind teilweise so schicklich, daß sich sogar eine Handelskammer dagegen gewandt hat. Die Krankenversicherung müsse so gestaltet werden, daß sie ein sicherer Hort gegen Krankheiten und das stärkste Bollwerk für die Volksgesundheit sei. (Lebhafter Beifall.) In der

Debatte

konstatiert Jahrbuchbesitzer Wiesner (Leipzig), daß die großen Erfolge der Krankenkassen dem Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu danken seien. Das harmonische Verhältnis würde sich aber wohl noch idealer gestalten, wenn der Vorstand zu gleichen

Teilen aus Arbeitgebern und aus Arbeitnehmern gebildet würde. (Widerpruch.) Neben tritt dann für die freie Arztwahl ein, die sich in Leipzig bewährt habe. Man solle dem Arztstand nicht die Rechte beschränken und die Hände binden wollen. (Widerpruch.)

Landtagsabgeordneter Fräßdorf (Dresden) tritt dem Vorredner entgegen. Das Arztsystem zu bestimmen ist Sache der Kasse und der Versicherungsarten und unter keinen Umständen der Ärzte. Auf dieser Grundlage hoffen wir auch mit dem Reichstag und der Regierung uns zu verständigen. In Leipzig sei die freie Arztwahl nicht freiwillig eingeführt, sondern durch Verordnung des Bezirkshauptmanns. In dem Augenblick, wo die freie Arztwahl vorgezeichnet sein wird, werden die Ärzte den Krankenkassen ihre Vorschriften diktiert. Neben bringt dann einen Fall zur Sprache, der ihn selbst betrifft. Er sei im letzten Winter erkrankt gewesen und habe in 40 Grad Fieber gelegen. Der in Vertretung seines kranken Arztes herbeigeholte Dr. Morzbach habe, nachdem er einmal dagewesen war, die Weiterbehandlung abgelehnt mit den Worten: Herr Fräßdorf behandle ich nicht, der ist ein Feind der Ärzteorganisation. (Hört, hört!) Sanitätsrat Schmidt in Leipzig habe als Vorstand der Leipziger Organisation dieses Verhalten gebilligt. In Dresden sei er nicht in Gefahr um ärztliche Hilfe gekommen. Wie wäre es aber in einem Orte gewesen, wo er auf diesen Arzt angewiesen wäre? (Sehr wahr!) Das ist doch Haß, der alle Grenzen überschreitet! (Stürm. Beifall, Rufe: Hui! Leuch!) Wo Leben und Gesundheit in Frage stehen, muß doch der Mensch in erster Reihe Mensch sein! (Stürmischer Beifall.) Nachdem diese Sache im schärfsten Landtag zur Sprache gebracht wurde, hat der Leipziger Verband mit unwahren Behauptungen gegen mich operiert.

Ich muß daher an dieser Stelle vor aller Deffentlichkeit folgendes erklären: Herr Dr. Morzbach ist ein gelehriger Schüler des Leipziger Verbandes und hat wider besseres Wissen diese Behauptung aufgestellt, um mich als Vorsitzender des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen in der Deffentlichkeit herabzusetzen. Ich erwarte die weiteren Schritte des Herrn Morzbach. (Stürm. Beifall.)

Weiter teilt der Abg. Fräßdorf mit, daß zur Frage der Häufelung 448 Fragebogen verschickt worden sind. 32 Kassen hätten die Beantwortung abgelehnt und 310 geantwortet. Von letzteren haben sich 274 Kassen mit 831 Vorstandsmitgliedern aus dem Arbeitgeberstand gegen die Halbierung der Beiträge ausgesprochen, für die Halbierung 33 Kassen mit 105 Arbeitgeber-Vorstandsmitgliedern. Auf die Frage, ob sich in den Kassen unzulässige politische Umtriebe gezeigt haben, haben 263 Kassen mit nein und 23 mit ja geantwortet. Diese Fragebogen werden dem Reichstag unterbreitet werden. (Beifall.)

Es folgte dann noch eine längere Debatte, an der sich eine große Reihe Nebenredner beteiligten. Am Schluß der Debatte erklärte der Vorsitzende Abg. Fräßdorf (Dresden), daß er es nicht für notwendig halte, jetzt noch der Versammlung Resolutionen zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Stellungnahme des Kongresses sei wohl aus den Referaten und der ganzen Verhandlung hervor. Sie wollen sich begnügen, dem Reichstag und der Reichsregierung die Protokolle der Verhandlungen zu unterbreiten.

Damit schloß die Besprechung der Reichsversicherungsordnung und die Weiterverhandlungen wurden auf Dienstag vertagt. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Auch der Fabrikarbeiter-Verband ist „politisch“. Das Schöffengericht in Königsbrunn und die Strafkammer in Weutchen O.Schl. haben den Fabrikarbeiterverband für einen politischen Verein erklärt. Der obersteleitsche Geschäftsführer des Verbandes hatte in Königsbrunn eine Versammlung der chemischen Arbeiter einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeitslosigkeit in Ober-Sachsen und wie bekämpfen wir diese“. Trotzdem die Versammlung nicht angemeldet war, erschien die Polizei zur Ueberwachung. Der Beamte wurde zum Verlassen des Lokals aufgefordert, ging aber nicht. Daraufhin wurde von der Abhaltung der Versammlung überhaupt Abstand genommen. Wegen der Einberufung erging zunächst ein Strafbefehl über 30 Mark, der vom Schöffengericht auf den erfolgten Einspruch aufrechterhalten wurde. Die Weutchener Strafkammer als Berufungsinstanz hat jetzt erkannt, daß die Versammlung deshalb als eine politische anzusehen sei, weil zum Beitritt in den Fabrikarbeiterverband aufgefordert werden sollte. Der Fabrikarbeiterverband sei ein politischer Verein, der Vorsitzende Frey sei sozialdemokratischer Abgeordneter, die Mitglieder erhielten zum Teile die „Gleichheit“ ein Blatt, das im Reichstag der sozialdemokratischen Genossenschaft erschienen, und außerdem enthalte das Statut eine Bestimmung über die Waifeier, die eine sozialdemokratische Angelegenheit sei. —

seiner Persönlichkeit punktierten sie ihm kühn spöttisch zu: Na, du Mönch!

Und als alle diese militärischen Eide zur Rettung der Ehre der Armee geschworen waren, da besiel die Herrschaften plötzlich der Zweifel, ob denn diese Ehre nun richtig und wirklich gerechert sei. Gedot es in der Tat der Stodg militärischer Ritterlichkeit, daß ein Hürder im Offiziersrock sich und seinen Stand entlastete, indem er ein Nüchliches Bild seiner geschlechtlichen Götterheit zeigte, alle Schuld auf den Dämon Weib schieb und den Gegenstand seiner tiefsten, nicht zu bändigenden Leidenschaft zum Schluß aus eifersüchtiger Wut, veranlaßt zu Unrecht, der Mitschuld bezichtigte? Da trat einer von den militärischen Zeugen auf, nahm im Namen aller die sämtlichen Eide zurück und erklärte nun höflich, daß auch ein Offizier es für schimpflich halte, die Geliebte preiszugeben. Vorher aber hatten dieselben Vertreter der Offizierschicht mit frechem Stolge bekannt, daß sie selbst dem Kommanden Gebden geyzen hätten, zur Ehre der Armee die Schuld der Frau zu entlasten.

Der Charakter und die Tat Göbens waren gewiß nicht geeignet, weder die Ehre der Armee zu haben noch zu sein; denn auch ihn darf man die Entlastung gönnen. Daß er ein Schwacher kranker von Geburt an gewesen ist. Wohl aber ist die Ehre der Armee zum Problem geworden, wenn man ihre ganz geistige Schöpfung und deren Treiben und Weinen demnach. Nicht die beiden Hauptpersonen konnten die Ehre der Armee berühren, noch aber jene geladenen und ungeladenen, genannten und noch öfter distinkt verkappten Jengen des Dramas von Weibsein. Es ist der brave Ehegatte, dem die Ehe nur eine Störung des geistigen Angewandens war und der die besonders strengen Anforderungen seiner Rolle dadurch sorgfältig umging, daß er nicht sah und nicht wollte, was alle sehen und hören. Schließlich, um eines vernünftigen Weibes willen kann man sich doch nicht alle Tage schämen, und eine Scheidung befreit nicht nur vom Weibe, sondern auch vom Offiziersrock. Das Schicksal ist wahrlich ungerade, daß es so viel Standes- und Reizlosigkeit, so viel milde Aufregung mit der Liebe befreit.

Und dann die andere Seite von Alleanz im allgemeinen! Maximilian Jordan ist sich der Kraft seiner Dichtung bewußt, er werde schonungslos reden, wenn man ihm wegen seines Standes den Prozeß machen werde. Er und andre wüßten mehr als das vom Gerichtsprotokollen in Alleanz diktierten Prozeßverhandlungen lassen. Viele Männer gemahnt bis zur Krige das Glück auf so hüßige und bezaubernde Weise hand einer höchst appetitlichen, denn auch gestrichelten Frau ihre Bedürfnisse handgemäß zu befriedigen. Nicht nur Umgehens des Ehegatten bezogen seine

Toleranz. Die Wissenschaft des idantenschaft auftauchenden Waldmänners wurde nicht unsonst häufig vergaben. . .

Wir glauben deshalb nicht, daß der Prozeß von Alleanz Gegenstand eines neuen Prozesses sein wird. Es ist auch nicht notwendig. Schon jetzt läßt sich die Frage sicher beantworten, ob das Experiment geglückt ist, die „Ehre der Armee“ durch die prozedurale Wartung einer trunken Frau zu reinigen, Ke.

Sommer-Fourte des städtischen Orchesters.

Magdeburg, 11. Juli 1910.

Nach Wagners „Kaiserin Maria“ Beethoven's Overtüre zu „Egmont“, dann Schubert's „Ave Maria“ und danach — Strauß' „Walzer „Rosen aus dem Süden“. Wenn ein Programm so aufgestellt wird, dann hat die Kritik inne. Eine Katastrophe wird sie nicht bezeichnen.

Der ganze Teil des Programms führte nach Köhnen und Nüßner. Köhnen ist die Heimat der musikalischen Lieblinge Joseph Haydn's: Smetana und Dvorak. Von Smetana dirigierte der Musikdirektor aus der künstlerischen Dichtung „Mein Vaterland“ der ersten Teil „Waldau“. Der zweiten und dritten Teil „Häufigkeit“ und „Häufigkeit“ haben wir hier noch nicht zu hören bekommen. Jedenfalls reichen sie auch für den Protektor der Köhnen nicht aus. Was man an der „Waldau“ hört, ist ein hübsches Stück. Smetana gibt die Einleitung wieder, die er bei einer Veränderung an der Waldau entlang haben könnte. Vom zweiten fortan läßt sich das zum dritten und vierten stehenden Smetana an der Waldau stehend er mit Konzentration in den orchestralen Formen und Schattierungen. Von Dvorak spricht Dvorak. Seine „Kaiserin Maria“ zwei hübsche Tänze vor, den ersten und zweiten. Der erste kann nach Alleanz auf Eigenart erheben, der zweite besteht nur aus Rhythmus. Eine charakteristische Melodie, die man als solche bezeichnen könnte, hat er nicht. Dafür bekommt der Komponist das Schicksal sehr gern. Dvorak hat die Smetana nur schätzungsweise und hübsche Sachen geschrieben. Dvorak ist ein Riese. Seine epische Streifenfolge gehört in den Bereich der großen Kunst, wenn man ihr überhaupt Wert beilegen will, aber nicht in dem Bereich der kleinen Kunst, wo der Dämon der Automatie, die durch die Hand der Natur, die Wesen meist. Heber den Anfang ist Dvorak an der Waldau nicht hinreichend. Das erste Stück der ersten Gruppe hat er ganz glänzend geschrieben. Das er dann noch daran sagt, ist von ihm nicht vorzubehalten, und auch ein geistiger Ringen vermag aus der Komposition nichts mehr von einiger Bedeutung herauszuholen. Das Capriccio wollen von Dvorak ist ein richtiger akademischer Satz nach musikalischen Gesetzen. Es soll das sein besonderer Ladel sein. Aber Dvorak'sche hat lange in Italien gelebt. Hier aber hüßte und forcierte hier mit Leidenschaft, was ihm in der italienischen Gegenwart fehlte. In ihrem musikalischen Ausdruck haben beide Werke auch bezauberndes gemeinsames. Ich erinnere nur an das italienische „D'fantasma“ (das wir als „D' du fröhliche“ kennen), und an die hüßige „Nationalhymne“, die sehr viel

Aehnlichkeiten aufweisen. Das Capriccio ist eine gute Orchesterarbeit im italienischen Stile, zu der das Auffentum den Unterton bildet. Aug-Waldsee erntete mit dieser Nummer ebenfalls vielen Beifall.

Der letzte Teil des Programms war Frankreich und Italien gewidmet und Werke von Thomas, Lacombe, Verlioz und Verdi wurden gespielt. Ich habe dieselben schon bei Besprechungen früherer Sommerkonzerte erwähnt und registriere daher nur, daß sie ihre Wirkung nicht verfehlen. — Grote.

Kleines Feuilleton.

Professor Galle †. Im Alter von 88 Jahren starb Sonntag nachmittag in Potsdam Professor Dr. Johann Gottfried Galle, der frühere Vertreter der Astronomie an der Breslauer Universität. Sein Name ist in der Geschichte der Astronomie eingegraben durch die Auffindung des Neptun am 23. September 1846. Neben dieser den Glanzpunkt in dem wissenschaftlichen Lebenswerk Galle's bildenden Entdeckung sind aber noch mannigfache andre wertvolle astronomische Leistungen hervorzuheben, wie die Entdeckung dreier Kometen, Planeten und Unterjüngungen über Meteore und verschiedene Leuchtphänomene am Himmel, ferner meteorologische Forschungen über das Drehungsgebiet der Winde, über Höfe und Nebelzonen. Galle war am 9. Juni 1812 in Pabitzhaus bei Gräfenhainichen geboren. 1851 wurde Galle Professor der Astronomie und Direktor der Sternwarte in Breslau und verwaltete dieses Doppelamt 44 Jahre hindurch mit reichstem Erfolg. 1897 trat er in den Ruhestand und lebte in stiller Zurückgezogenheit in Potsdam.

Wurst und werkeln. Die Redensart „das ist mir Wurst“ geht auf die Bratwurst zurück, die, so geschätzt sie auch sonst von jeher bei uns war, in diesem Falle doch etwas sehr Wertloses bezeichnet. Wenn Hans Sachs sagt:

Unser thun ist stark verriegelt,
Gleichwie mit einer bratwurst verriegelt,
menn Luther an seinen Schutzherrn schreibt: „Kurfürstliche Gnaden wissen das besser, denn ich's sagen kann, daß solcher Vertrag mit einer Bratwurst verriegelt ist“, und an einer andern Stelle „zuletzt war das alles mit einer Bratwurst verriegelt“, so heißt das nichts andres, als daß dieses Siegel nicht nur nicht vollwertig, sondern daß es überhaupt keins ist, daß es für die Beglaubigung, den Wert der Sache völlig bedeutungslos, gleichgültig, nichts als — Wurst ist. Wurst und seine Weiterbildung murrig als Bezeichnung für etwas Gleichgültiges gingen später besonders in die Studentensprache über. Auch wurfeln wird von den einen auf die Wurst zurückgeführt und bezeichnet nach dieser Perleutung gedankenlose Arbeit, wie sie der beim Stopfen des Darmes alles durcheinandermengenende Wurmmacher verrichtet, während andre es auf das niederdeutsche Wortwelen = ringen, kämpfen zurückgehen lassen. Die Bedeutung, in der wir das Wort gebrauchen, scheint mehr für die „Wurst“ zu sprechen: wer „so hirt“ und „so weiter“ wurfelt, „macht“ eben auch nur in ganz gleichgültigen, für die Sache bedeutungslosen Dingen, die nicht von besonderem Wert sind, —

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 161.

Magdeburg, Mittwoch den 13. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

105 Millionen Mark Lohnverlust.

Die preussischen Bergarbeiter haben in den letzten 27 Monaten, vom 1. Quartal 1908 bis einschließlich 1. Quartal 1910, durch direkte Lohnreduzierungen diesen Lohnverlust erlitten. Im 4. Quartal 1907 hatten die Löhne im preussischen Bergbau fast überall ihren Höhepunkt erreicht; von da ging es teilweise, besonders im Ruhrgebiet, mit Riesenritten abwärts. Die Lohnverluste betragen in den einzelnen Revieren: Ruhrgebiet 79 280 159 Mark, Oberschlesien 3 631 764 Mark, Niederschlesien 2 432 350 Mark, Saarrevier (Staatswerke) 2 625 388 Mark, Nachener Revier 2 603 103 Mark, Haller Braunkohlenrevier 4 069 618 Mark, linksrheinisches Braunkohlenrevier 260 194 Mark, Haller Salzbergbau 351 577 Mark, Klausthaler Salzbergbau 312 330 Mark, Mansfelder Erzbergbau 1 305 827 Mark, Siegener Erzbergbau 4 682 432 Mark, Nassau-Wehlener Erzbergbau 1 966 027 Mark, rechtsrheinischer Erzbergbau 1 387 176 Mark. Fast 105 Millionen Mark haben also die Bergarbeiter der angeführten Reviere an Löhnen allein durch direkte Lohnreduzierungen eingebüßt.

Die großen Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Feiertage entfallen sind, sind dabei nicht mitgerechnet, lassen sich aber nur sehr schwer berechnen, weil die Zahl der Feiertage nicht genau bekannt ist, sondern nur geschätzt werden kann. Diese gewaltigen Lohnverluste erklären sich durch die Lage der Werte in keiner Weise. Die Grubenherren haben auch während der Krise meist sehr gute Geschäfte gemacht. Ganz besonders ist das aber bei den Ruhrgrubenherren der Fall. Eine ganze Anzahl Werte sind hier zu verzeichnen, die während der Krise noch höhere Gewinne eingehemelt haben als während der Hochkonjunktur. Die Grubenbesitzer haben es eben meisterlich verstanden, die Folgen der Krise zum weitestgehenden Teil auf die Bergarbeiter und damit auf die Gesamtheit abzuwälzen.

Diese Ziffern sind insofern noch besonders interessant, als jetzt die bürgerliche Presse ausrechnet, wieviel die Arbeiter durch die Aussperrung in Baugewerbe an Arbeitslohn verloren haben. Diese etwa 40 Millionen Mark betragende Summe setzt man aber nicht etwa dem Bauprogramm aufs Konto, sondern man debuziert nach Reichsverbandsmannier: Wenn die Gewerkschaften nicht beständen, wäre die Aussperrung nicht nötig gewesen, also sind die Gewerkschaften schuld an dem Kampf und darum ist die Arbeiter schädlich. An den Verlustzahlen der schlecht organisierten deutschen Bergarbeiter kann man kontrollieren, wie blödsinnig und arbeiterfeindlich dieses Gewerbe ist.

Rentable Unternehmen der Agrarier.

Die Zuckerfabrik von Klein-Wanzleben, vormals Rabbe & Hage u. Wiesecke, bestand am 9. Juli 75 Jahre. Die Firma steht seit der letzten Reichstagswahl in besonders guter Erinnerung. Damals zeichnete sich die Leitung durch ihr eifriges Bemühen aus, die zum Teil polnischen Arbeiter der Fabrik mit allerhand „sanften Mitteln“ zu einer Stimmgabe im Sinne der wirtschaftlich mächtigen Zuckeraktionäre zu bewegen. Das Rieseburg in den Reichstag gekommen ist, verdrängt er nicht zum geringsten Teile dem Einfluß, den die Leitung der Firma Rabbe & Hage u. Wiesecke auf wirtschaftlich abhängige Wähler ausübte. Das „Zubehel“ am 9. Juli wurde natürlich höchst feierlich begangen. Neben wurden gehalten, Auszeichnungen verliehen. Arbeiter bekamen Sparkassenbücher, in denen Beträge von 20 bis 150 Mark eingetragen waren. Die Beamten aber bekamen durchgängig eine Gehaltsaufbesserung. Für Beamte wurde außerdem ein Erholungsheim im Harzort Friedrichsbrunn angekauft. Die allzeit treuen Beamten sind also etwas besser gefahren. Das die Geschenke und Stiftungen, an der rapiden Entwicklung des Unternehmens und der Gewinnanteile gemessen, sich sehr mäßig ausnehmen, zeigen folgende Auszüge: Die Dividende stieg von 5 Prozent im Jahre 1885/1886 auf 12 Prozent für Stammaktien im Jahre 1909/1910. In diesem Zeitraum beträgt der Gesamtgewinn 17 776 382,38 Mark; Dividenden: 5 842 000 Mark; Abschreibungen: 5 078 203,06 Mark; Zuwendungen zum Reservefonds:

4 600 000 Mark; Lantime an Aufsichtsrat und Direktion 1 629 662,97 Mark; Gratifikationen an Beamte: 603 567,05 Mark. Der gesamte Umsatz des Unternehmens stieg von 2 845 648,54 Mark im Jahre 1885/1886 auf 19 927 677,91 Mark. Das ergibt im Jahresdurchschnitt einen Gewinn von 711 055 Mark. Lantime für den Aufsichtsrat 65 186 Mark, Dividenden 233 688 Mark. Bei diesem „bescheidenen Gewinn“ lassen sich nach einem 75jährigen Bestehen schon überschwengliche Stiftungen von 20 Mark ertragen.

Beschäftigung von Arbeiterinnen in Molkereien.

Mit dem 1. Juli d. J. sind auch die neuen Bundesratsvorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Molkereien, Molkereien und Betrieben zur Sterilisierung der Milch in Kraft getreten. Die neuen Vorschriften gelten in Abweichung von den alten für alle Betriebe der bezeichneten Art, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden oder durch elementare Kraft bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen. Während die früheren Ausnahmegestimmungen nur für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober galten, sind die jetzigen auf das ganze Jahr ausgedehnt worden. Die Arbeitsstunden müssen nunmehr zwischen 4 Uhr morgens und 9 Uhr abends liegen, während sie früher zwischen 4 und 10 Uhr liegen durften. Während bisher eine dreistündige Mittagspause allen Arbeiterinnen gewährt werden mußte, die abends nach 8 1/2 Uhr beschäftigt werden, ist nach den neuen Bestimmungen eine dreistündige Mittagspause allen Arbeiterinnen zu gewähren, die abends nach 8 Uhr beschäftigt werden.

Ascherleben, 12. Juli. (Auf die Volksvereins-Versammlung) am Donnerstag sei besonders aufmerksam gemacht. (Siehe Inserat.)

— (Schadensfeuer.) Im Hotel „Drei Kronen“ brannte am Sonntag morgen das Treppenhäus. Durch die starke Rauchentwicklung waren die im Hotel wohnenden Gäste genötigt, den Ausweg durchs Fenster zu nehmen. Der Brand wurde durch das Eingreifen der Feuerwehre auf seinen Herd begrenzt. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht aufgeklärt.

— („Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“) Dieses Wort stellte Pastor Niehm einer Ansprache, die er im Evangelischen Arbeiterverein hielt, als Motto voran. Das Arbeiten bloß um des täglichen Brotes willen könne den Menschen nicht befriedigen, die Arbeit müsse geabelt werden im Geiste des Evangeliums. Pastor Niehm sprach auch über Arbeitsverhältnisse und zeigte sich dabei vollkommen ununterrichtet. Die Arbeiter haben glücklicherweise erkannt, daß sie in gewerkschaftlichen und politischen Vereinen für ihr täglich Brot und auch dafür sorgen können, daß die Arbeit „geabelt“ werde.

Burg, 12. Juli. (Das Gewerkschaftsfest in den bürgerlichen Mätkern.) Das „Tageblatt“ berichtet von einem „Gartenfest großen Stiles“ und von einem „stättlichen Festzug, an dem sich etwa 3000 Personen beteiligten“. Bei dem herrlichen (?) Wetter sei es kein Wunder gewesen, daß der Garten sowie die übrigen Gärten bald überfüllt waren. Das „Amstische Kreisblatt“ berichtet nur, daß die Gewerkschaften anlässlich ihres Sommerfestes einen Umzug veranstalteten, an welchem etwa 1500 Personen teilnahmen“. Die Teilnehmerzahl beim Umzug wird nach unserer Schätzung etwa 3000 betragen haben. Es würden sich aber weit über 3000 Personen beteiligt haben, wenn nicht das Wetter allzu unbeständig gewesen wäre. Noch um 2 1/2 bis 3 Uhr, die Zeit, in der sich die Teilnehmer im „Hohenzollernpark“ sammelten, drohte der Himmel mit schwarzen Regenwolken. Alles herrlich war das Wetter also nicht. Erst nach dem Umzug klärte sich das Wetter und blieb schön bis zum Abend.

— (Wichtig für Hausbesitzer.) Eine Schuttabladegebühr hat der Magistrat auf Antrag der Verwaltung des Bezugsfonds beschlossen. Fuhrwerksbesitzer, die an der Regiprüfer Chaussee abladen, sollen vom 1. Oktober an für jedes Pferd, das sie vor einer Schuttablade haben, 15 Pf. entrichten; das gleiche wird von den Sandabfuhrern verlangt. Ob dieser Modus der zweckmäßige ist, darüber ließe sich streiten. Richtiger erscheint uns, für jeden Wagen Schutt und jeden Wagen Sand eine seinem Inhalt entsprechende Gebühr zu fordern. Es dürfte nicht gerecht sein, wenn für zwei gleiche Ladungen, von denen die eine durch ein starkes Pferd glatt gezogen wird, während an der anderen zwei schwächere ihre volle Arbeit haben, die Gebühr nicht die gleiche ist. Im übrigen aber werden wir nicht schlagen, wenn wir annehmen, daß diese „Steuer“ auch wieder nur zunächst auf die Hausbesitzer und von diesen auf die Mieter abgewälzt werden wird.

Eigerleben, 12. Juli. (Zur Vertichtigung) des Herrn Ditto Bäcker, Eigerleben, wird uns vom Deutschen Tabakarbeiterverband mitgeteilt, daß Bäcker nicht Mitglied des Verbandes ist, noch jemals war. Hossentlich genügt den Arbeitern von Egel, Eigerleben und Umgegend sein eigenes Eingeständnis, daß er den Tarif mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband kündigte, um eine unorganisierte Arbeiterin beschäftigten zu können.

— **Förderstedt, 12. Juli.** (Nach der Bauarbeiter-Aussperrung) versprach der Bauunternehmer Schmidt den Mauern seines Geschäftes auf wiederholtes Ersuchen der organisierten Maurer eine Zulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde im ersten Jahr und eine nochmalige Zulage in derselben Höhe im nächsten Jahre. Der Bauunternehmer weigert sich aber aus Gründen, die durchaus nicht stichhaltig sind, die Abmachungen auch schriftlich zu bestätigen. Den Arbeitern liegt aber daran, den geschlossenen Vertrag auch schriftlich festhalten zu wissen. Sie legen darum, als die Erfolglosigkeit ihrer Unterhandlungen über diesen Punkt einsehen, die Arbeit nieder und nahmen in Nacharbeit an.

Neuhavensleben, 12. Juli. (Die Wählerlisten zur Stadtkorordnetewahl) liegen in der Zeit vom 15. bis 30. Juli auf dem Rathhause, Zimmer Nr. 5 (Stadtssekretariat), aus. Wer sein Stimmrecht wahrnehmen will, sehe die Listen nach. Wahlberechtigt ist jeder Kreuze, der mindestens 9,20 Mark Kommunalsteuer zahlt, 1 Jahr am Orte wohnt und während der Zeit keine Armenunterstützung bezog.

— (Bezirkssturnfest.) In die ausliegenden Quartierlisten haben sich verhältnismäßig wenig eingezeichnet, die einen unserer fremden Turngenossen für eine Nacht beherbergen wollen. Zu dem Gelingen der ganzen Veranstaltung gehört es aber, daß wenigstens für 400 Turner eine Unterkunft geschafft wird. An unsere Genossen und Genossinnen richten wir nochmals die Aufforderung, unsere Gäste Unterkunft zu schaffen.

Quedlinburg, 12. Juli. (Der Sekretär des Reichsverbandes,) Walter Krause, kann sich immer noch nicht über die „Volksstimme“ beruhigen. Nachdem diese mehrere Male auf die Denunziationen aufmerksam gemacht hat, bringt Krause in der Sonntagsnummer des „Kreisblattes“ einen Artikel mit der Überschrift „Wer andere eine Grube gräbt“. Wenn Krause aus seinen Mitgliedern am Sonnabend erzählt, daß er den Artikel geschrieben habe, so glauben wir doch annehmen zu müssen, daß sein Kollege Kameda etwas mitgeholfen hat. Der Ausdruck „Blättchen“ in bezug auf unsere „Volksstimme“ rührt ganz bestimmt von ihm her. Aus dem schäbigen Denunziationenstücken, wie es gegen die Frauen in der Infantarierkaserne verübt wurde, macht nun Krause im „Kreisblatt“ nach Reichsverbandsmannier einen Terrorismusfall. Er schreibt folgendes: Die Frau Schulz sei zu ihm gekommen und habe ihm mitgeteilt, daß sie die Arbeit in der Kaserne deshalb aufgegeben habe, weil sie fortgesetzt von den beiden Frauen Dube und Hartung wegen der Zugehörigkeit ihres Mannes zum Verband der Reichstreuen „gestickt“ worden sei. Der Verband der Reichstreuen habe dann die Sache in die Hand genommen und dafür gesorgt, daß diese beiden Arbeiterinnen entlassen und die Frau Schulz wieder eingestellt wurde. Herr Krause gibt also jetzt zu, der Viechreiber gewesen zu sein. Nachdem Krause sich zu diesem Fall in der eben geschriebenen Weise geäußert, sei der Sachverhalt kurz noch einmal angeführt: Der Militärverwaltung waren die Kosten an Arbeitslohn für die Wäschfische und Pflichten zu hoch. Es wurden deshalb zwei Frauen entlassen. Unter diesen Entlassenen befand sich auch die Frau Schulz. Fräulein Taar nach der Entlassung teilte der Inspektor der Frau Hartung mit, daß fortgesetzt Briefe ankämen, in denen über ihr sowie ihrer Mitarbeiterin, Frau Dube, Verbalten Nachfragen gehalten würde. Die Frau Hartung sagte schließlich zu dem Inspektor, daß sie, falls die Beamten Unannehmlichkeiten hätten, lieber aufhören möchte. Der Beamte erklärte, das sei nicht nötig, man sei mit ihrer Arbeit voll und ganz zufrieden. Später mußte aber von den Beamten die Entlassung der beiden Frauen vorgenommen werden. Der Ehemann Hartung ging nun zum Inspektor, um sich über den Entlassungsgrund seiner Frau zu orientieren. Hier wurde ihm erklärt, daß man gegen seine Frau nichts einzuwenden habe. Nur wegen seiner (Hartungs) politischen Tätigkeit sei die Entlassung erfolgt. Er liehe verschiedene Briefe angenommen vom nationalen Arbeitersekretariat usw. Hartung verlangte nun die Herausgabe der Briefe. Diese wurde verweigert mit der Begründung, daß sie schon nach der Intendantur nach Magdeburg geschickt seien. Nachdem Krause nun im

Kinder des Volkes.

Roman von Alfred Döb. Roman verboten. (23. Fortsetzung.)

Schollas ging in den „Brau“ und trug jede Gesellschaft. Er ließ sich das Stammgericht bringen und es mit gutem Appetit. Dazu ein paar Glas Lagerbier, und das erstarnte Blut kam in Fluß. Der lange Zutt warf ein Zehnpennigstück in das Orchesterion. Eine prickelnde Walzermelodie erklang. Mehrere Gäste fingen mit, einer stieß einen Luchzer aus. Ja, das Leben war doch schön.

Der Selbstmordkandidat bekam wieder Courage, trauft diesem und jenem zu und sah, als hätte er Recht an den Seiten. Endlich gegen Mitternacht brach er auf, leicht angezogen, doch nicht betrunken. Ziellos schlenderte er in den Gassen umher, und eh' er sich dessen recht verah, stand er vor der Stadlern Haus. In der Bohnstube zu ebener Erde brannte Licht. Die Haustür war verschlossen. Er zog die Schwelle. Als bald kam seine Frau heraus und ärmte.

„Du bist's, Konrad!“ empfing sie ihn freundlich. „Hab mir schon Gedanken gemacht, wo Du bleibst. Komm herin!“

Er folgte ihr in die Stube. Sie nahm ihm den Hut ab und sagte: „Willst noch ein Schnapschen?“ Er nickte. Sie holte ihren alten Kummel. Er trauft zwei Gläschen hintereinander.

Jetzt legte sie lacht die Hand auf seinen Arm. „Konrad, ich denk, wir vertragen uns wieder.“ Seine Lippen waren wie verriegelt.

Sie dachte, Schweigen ist auch eine Antwort und wisperte beforlich: „Gelt, Du bist müd? Komm zu Bett!“ Langsam seine Worte aufknöpfend, schritt er dem Schlafjimmer zu.

8.

Es war am dritten Advent, als Vollhardt die Botschaft erhielt, der Landtag habe den Volksschullehrern die sch-

licht erwartete Gehaltsaufbesserung zugestanden. Wahrlich, eine Freudenpost!

Als Mitarbeiter des „Schulwarts“ hatte Vollhardt eine Tätigkeit entfaltet, die in den Kreisen seiner Amtsbrüder und darüber hinaus die größte Anerkennung fand. Sein letzter Artikel, der das Motto trug: „Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“, war ein flammender Appell an den Gerechtigkeitsinn der Landboten und tat vor Abschluß seine Wirkung.

Im Geiste legte er noch einmal den Weg zurück, den er in den letzten Wochen beschritten. Als bald von der Bewegung fortgerissen, hatte er in den vorderen Reihen derer gestanden, die für die Rechte der Lehrerschaft stritten. Nun erlebte er die Genugtuung, den Siegespreis miterrungen zu haben.

Geur' durften die Volksschullehrer im ganzen Ländchen einander die Worte des Apostels zurufen: Trenet euch mit den Fröhlichen! Kämpften doch gar manche unter ihnen bei fargem Lohne mit der bitteren Not; war der Mehrzahl doch verwehrt, sich eine bessere Lebenshaltung zu gönnen! Nun waren sie von der lähmenden Sorge befreit; nun konnten sie mit voller Frische an die Arbeit gehen.

In gehobener Stimmung überlegte Vollhardt, wie er künftig seinen kleinen Haushalt behaglicher gestalten. Er würde allerlei notwendige Anschaffungen machen. Jetzt in der Weihnachtswoche war die rechte Zeit.

In der Tiefe seiner Augen leuchtete es auf. Der Theo hatte für den Christabend einen Runzettel geschrieben. Da hieß es am Schlusse: 10. Die Lene Launsbach soll bei uns bleiben.

Der Alflug! Hatte er etwas gemerkt? Dem mochte sein, wie ihm wollte; jedenfalls hatte er den Herzenswunsch seines Vaters ausgedrückt.

Was Vollhardt all die Zeit mit sich herumgetragen, galt ihm nun als beschlossene Sache: er würde Lene zu seiner Hausfrau machen. Hatte ihm ein freundliches Geschick in der Perle der schlichten Arbeiterin einen seltenen Menschen zugeführt, so folgte er jetzt seinem Glauben, der ihm im Bunde mit dem lieben Mädchen ein spätes, aber echtes Glück verheißte.

In der Stadt würden die Mäuler wie die Flachsbroden gehen. Sie würden kein gutes Haar an Lene lassen; sie würden auch ihn verlächern. Immerhin! Er war bisher seinen eignen Weg gegangen und dachte nicht daran, die Richtung zu ändern. Er hatte den Wert des Mädchens erkannt. Daß sie ein Armeleutkind war, gereichte ihr wahrlich nicht zur Schande. Und was ihr an äußerer Kultur gebrach, wog ihre innere Bildung reichlich auf.

Als sei ihm sein Stübchen heut' zu eng, öffnete er das Fenster. Am klaren Winterhimmel stand die mittägliche Sonne. Draußen auf dem Marktplatz waren die Weihnachtshuben aufgeschlagen; Kaufstübe gingen ab und zu. Sein scharfes Auge entdeckte Lene, die in der neuen Fahrt zuschritt. Ihm schwante, was sie gegen ihre Gewohnheit mitten in der Tageszeit zu ihm führte. Gestern hatte der Beloffen einen Krankenbesuch abwarten wollen und nun eine Sterbende, die ihn nicht mehr erkannte. Walzertum sich hatte sie ausgelitten, und ihre treue Pflegerin brachte die Todesnachricht.

Er ging Lene bis zum Vorplatz entgegen und geleitete sie in sein Arbeitsstübchen. Seine Ahnung hatte ihn nicht betrogen; die Verlassen war einem zweiten Anfall erlegen.

Sie sprachen von der Verstorbenen, die ihnen beider teuer gemeldet war. Ihre kleinen Eigenheiten und ausweilen ihre Verbitter hatte man um ihrer Selbstlosigkeit, um ihres Wiedererwachen willen gern ertragen. Sie hatte in ihren langen Jahren schier kein Minütchen an sich gedacht, war immer nur darauf ausgegangen, andern Guttaten zu erweisen. Jetzt, da sie entschlafen war, ließ sie keinen Grund zurück.

„Leid und Freud wohnen eng beisammen,“ sagte Vollhardt, dem Gespräch eine andre Wendung gebend. „Wir ist heut' wie dem Vogel im Hanflamen. Seit einer Stunde weiß ich für gewiß, daß sie uns Lehrern draußen im Landtag eine Zulage bewilligt haben. Das macht viel aus. Nicht als ob man Aufwand treiben könnte. Gott bewahrel! Aber für ein behaglich Leben reicht's.“

(Fortsetzung folgt.)

„Reichsblatt“ sowohl als auch in der Sonnabend-Versammlung sich selber als der Reichsblätter bekannt, ist endlich etwas Licht in diese Denunziationsgeschichte gekommen. Hartung und Dube und auch deren Frauen gehören der sozialdemokratischen Partei nicht an. Krause hat also hier ebenso wie bei der Milchfrau Wölfer und dem Zigarrenhändler Schier vollständig daneben gehauen. In seinem blinden Eifer, gegen die Sozialdemokratie etwas auszurichten, hat Krause zweifellos ein gewaltiges Werk. Mögen die Herren nur so weiter arbeiten. Wir können von der Tätigkeit des Reichsverbandes nur profitieren.

Thale, 12. Juli. (In der Volksvereins-Versammlung) gab Genosse Schinkel den Geschäftsbericht vom letzten Jahre. In den wichtigsten Ereignissen der Reichs-, Landes- und Kommunalpolitik wurde in 17 öffentlichen Versammlungen Stellung genommen, deren Besucherzahl 4950 betrug. Verbreitet wurden 14 800 Flugblätter. Die Mitgliederzahl stieg von 287 auf 566. Verkauft wurden 14 171 Beitragsmarken für Männer, 4626 für Frauen und 462 Eintrittsmarken. Die Abonnentenzahl der „Volksstimme“ ist von 370 auf 423 gestiegen. Die „Arbeiter-Jugend“ hat 30, die „Gleichheit“ 100 Abonnenten. Folgender Antrag soll an die Generalversammlung gestellt werden: „Für die weiblichen Mitglieder ist der Beitrag so festzusetzen, daß die „Gleichheit“ mit eingerechnet ist.“ Den Kassenbericht gab Genosse Futh. Der Bilanzbericht werden 20 Mark überweisen. In der Vorstandswahl werden Schinkel zum Vorsitzenden, Futh zum Kassierer, Keune und Genossin Rodbert als Beisitzer wiedergewählt. Die übrigen Funktionärposten bleiben ebenfalls wie bisher besetzt. Als Delegierte zur Generalversammlung werden die Genossen Beder, Futh, Rohde, Gerede, Gröbel, Rühm, Gerlach und Genossin Duemou; als Ersatzmänner Keune und Blünnig gewählt. Am 17. Juli findet ein Ausflug nach Gernrode statt. Der Abmarsch erfolgt mittags 12 Uhr von der „Orünen Tanne“. Während der Verhandlungen wurde mitgeteilt, daß sich außerhalb des Lokals unterm Fenster der Postleiwachmeister Pest aufgestellt habe, anscheinend um zu horchen. Es ist derselbe Beamte, der die sonderbare Anzeige von der Kaiserin geschrieen hat. Als nun einige Genossen hinausstiegen, den Beamten einzuladen, doch lieber in das Lokal zu kommen, falls ihn die Sache interessiere, ging er von dannen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 11. Juli 1910.

Diebstahl. Der bereits wegen Diebstahls vorbestraute Arbeiter Karl Fischer von hier, geboren 1877, war bei der Firma Hermann Died zu Budau beschäftigt, von deren Getreideboden häufig Weizen gestohlen wurde. Um den Dieb zu ermitteln, legte sich ein Mitarbeiter am 10. Januar d. J., mittags, auf die Lauer und will beobachtet haben, daß Fischer einen Korb, den seine Frau ihm mit Essen gebracht hatte, nach beendetem Mittagessen aus einem Sack mit Weizen füllte und dann seiner Frau zurückgab, die ihn in der Handtasche wegstieg. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten am 13. Mai wegen Diebstahls zu 2 Wochen Gefängnis. Die von ihm eingelegte Berufung wurde verworfen, die Strafe aber auf 5 Tage Gefängnis ermäßigt.

Urkundenfälschung. Der Steinbildhauer Otto Rothke zu Leipzig, geboren 1880, war mit der Versicherungsagentin Heinz bekannt geworden, die für die Versicherungsgesellschaft Thuna tätig war. Er ließ sich von ihr im Dezember 1909 eine Anzahl Formulare zu Versicherungsanträgen geben, die er mit falschen Unterschriften verjah, worauf Frau Heinz sie ausfüllte und von dem Generalagenten die Provision zu erhalten versuchte, nachdem sie dem Rothke 3,25 Mark eingehändigt hatte. Der Angeklagte wurde wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrugsversuch zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Beckprellerei. Der vorbestraute Arbeiter Hermann Rosenberger von hier, geboren 1881, machte sich am 23. Mai d. J. der Beckprellerei in Höhe von 1,05 Mark schuldig. Die Kammer erkannte wegen Rückfallbetrugs auf 3 Monate Gefängnis, rechnete darauf aber 1 Monat Untersuchungshaft als verstrickt an.

Stellenvermittlungswinkel. Der vorbestraute Landwirt, jetzige Bureauangestellte Emil Otterstein von hier, geboren 1862, gründete gemeinschaftlich mit anderen Personen im Jahre 1909 in Magdeburg und andern Orten Stellenvermittlungsbureaus und gab Zeitungsinserate auf, wonach er Rechte und Klagen für Landwirte besorgen wollte. Er ließ sich von diesen vorher in 100 Fällen eine Vermittlungsgebühr von je 20 Mark bis zu 90 Mark schiden, verschaffte aber kein Geschäft. In 34 Fällen wurde sein Ansuchen, vorher Geld zu senden, nicht berücksichtigt. Die Konzeption zum Geschäftsbetrieb in Magdeburg hatte der Dienstreiter Schramm aus Hannover nachgeholt und auch erhalten. Otterstein und ein Genosse Brandes hatten ihn dazu überredet und erklärt, das Geschäft solle wohl betrieben werden. Nach erfolgter Anzeige ist Brandes verschwunden. Telegramme, Briefe und Postanweisungen unterschrieb Otterstein mit dem Namen Schramm. In Dresden, Köln und Bielefeld trat Otterstein unter einem falschen Namen auf. Die Kammer verurteilte ihn wegen vollendeten und versuchten Rückfallbetrugs sowie wegen schwerer Urkundenfälschung zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, ferner zu 900 Mark Geldstrafe an. Weiterem 60 Tagen Zuchthaus.

Vermischte Nachrichten.

Der Mann mit dem Magenventil. Der 36-jährige Schmeizer, Spielmann, Kellner und ähnliche nicht berufliche Dinge schlucken, ist eines Seineres, und in den Jahrmärkten haben viele und bewundern man sie oft und beneidet sie um ihren guten Magen. Um so merkwürdiger und interessanter ist es, wenn man bei einem Manne sieht, der etwas schluckt, was anscheinend viel harmloser als Feuer und Schwere ist, nämlich — Luft, und der die räucherischen Schwärze davon bekommt. In der Wiener Gesellschaft der Herrg. ist bekannt die „Balkonia“, welche jüngst Kaiserin Dr. G. Schillingen einen Konzerten von, der schon seit etwa 7 Jahren über längere weiche Schwärze in der

Magengegend lagte. Der Mann suchte wegen seiner Schmerzen, die oft unerträglich wurden, zahllose Ärzte auf, er wurde mit allen möglichen Medikamenten behandelt, viermal hatte er sich den Bauch öffnen lassen, doch nichts half, die Anfälle dauerten unvermindert an. Schließlich half sich der Patient zum Teile wenigstens selbst, indem er sich, so oft ein Anfall kam, durch Morphium, Chloroform und Stupolamin selbst narkotisierte. Dies tat er mehrere hundert Male, ohne daß es ihm geschadet hätte, obgleich die Dosen, die er verwendete, ungemein groß waren, bis ihm endlich auch dies nicht mehr genügte und er die radikalste Hilfe verlangte, da er sonst seinem Leben ein Ende bereiten müßte. Man untersuchte ihn im Anfall und fand den Magen wie eine berbe, glatte Geschwulst, durch verschluckte Luft bis zum Verstopfen aufgetrieben. In der Narkose wurde die offenbar durch einen Krampf der Speiseröhre festgehaltene Luft, und der Anfall verschwand sofort. Da jeder andre Heilerfolg ausgeschlossen war, entschloß man sich, dem Kranken einen Magenventil anzulegen, eine Art Ventil, das für gewöhnlich verschlossen bleibt, das der Kranke jedoch selbst öffnen kann (?), wenn er das Herannahen eines Anfalls spürt. Wenn der Patient den Verschluß öffnet, entweicht die Luft und der Anfall ist beseitigt. Die Operation, die sehr gut gelang, hat den Mann mit einem Schlag von seinem qualvollen Leiden befreit.

Bei den heiligen Affen. In den stillen lauschigen Wäldern auf den Höhen des Jaffobergs nahe bei Simla haust, wie das „Naturalien-Cabinet“ erzählte, ein alter indischer Fakir; in seiner weiten, gelben Roga erfüllt er hier abseits von dem lärmenden Treiben der Menschen ein altherwürdiges Amt: er ist der Wächter der heiligen Affen. Denn gleich den Aegyptern, die das Skrolobil und die Kage als heilige Tiere verehren, haben die Hindu ihre heiligen Tiere, und unter ihnen nimmt der Affe eine hohe Stellung ein. Nach dem Volksglauben hat stets ein Fakir auf dem Jaffoberg gelebt, solange die Welt besteht, und hier die heiligen Affen behütet, die nach Sundersen, ja nach Tausenden zählen. Auf den Felsblöcken, auf den Bäumen oder im Schatten, überall hocken, liegen oder laufen hier die Affen umher; seit Jahrtausenden hat kein Mensch gewagt, ihnen Unbill zuzufügen, und dieser ewige Friede hat auch ihre Lebensgewohnheiten beeinflusst: wenn ein Fremder kommt, so betrogen sie sich kaum, denn sie wissen, daß ihnen nichts geschieht. Einzelne Affen folgen einem auf dem Wege, gemächlich, ruhig, ohne Scheu, in der sicheren Erwartung einer besonderen Mahlzeit. Vor dem kleinen Tempel in der Mitte des Waldes wird man den alten Priester finden, höflich empfangt er den Fremden. Dann ruft er mit lauter Stimme: „Mj-ja, Mj-ja“ (kommt, kommt), und alsbald wird es ruhig leberdig. Aus dem Walde, von den Bäumen, von den Mauern und dem Dache des Tempels eilen die vierhändigen Heiligen hastig herbei, und bald ist man völlig umringt von einem weiten Kreis erwartungsvoller Affen. Während der Affe ihnen aus seinem Sack Futter hinstreut, während die Tiere sich höchst unbehilflich um die Lederbüchsen balgen, erzählt er von ihnen. In zwei Lager sind sie gehalten, die stets im Kreise miteinander liegen; sie haben ihren Rajah und ihre Unterführer, sie haben eine Art regelrechten Affenstaat. Der Fakir kennt sie alle, die sorglosen Geschichten seiner Einsamkeit, er zeigt dem Besucher die verschiedenen Hauptlinge, erläutert ihre Rangordnung. Er ruft einzelne, weist andere zurück. „Die Affen sind zänkische Leute“, erklärt er ernsthaft. Der Rajah, der König, hat seine Herrscherstellung erst nach langen, harten Kämpfen errungen; er ist ein feiner, kräftiger Kerl, und manche seiner Untertanen zeigen noch die Spuren seiner Zähne. Wie alle orientalischen Herrscher hat er auch ungezählte Frauen, aber er ist wandelbar, und die Königin jenes Tages genießt ihre Vorrechte nicht lange. Aber die Schöne, die gerade bevorzugt ist, besitzt alle Vorrechte einer Königin, er bedrängt sie, er liebt sie, und niemand von dem Affenvolk darf sie berühren.

Bereins-Kalender.

Maurer und Bauarbeiter. Am Mittwoch den 13. Juli, abends 6 1/2 Uhr, zwei große Versammlungen: für die Maurer im „Luisenpark“, Spielgartenstraße; für die Bauarbeiter bei Lichteckfeld, Mühlendamm legitimiert. Die Fortkände.

Parteitags-Sängerchor. Jeden Mittwoch, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, Uebungsstunde im „Sachsenhof“, Große Glockstraße 7.

Arb.-Radfahrerclub Solidarität Magdeburg. Vereinsabend: Abt. Wilhelmshafen („Luisenpark“) Mittwoch; Abt. Budau („Thalia“) Mittwoch; Abt. Subenburg („Zehner Bierhalle“) Donnerstag; Abt. Neue Altstadt („Weiser Tisch“) Freitag; Abt. Alte Neustadt („Krone“) Mittwoch; Abt. Altstadt („Sachsenhof“) Freitag; Abt. Köthensee (Hermanns Lokal) Donnerstag; Abt. Reizendorf (beim Ritzfeld Heinrich Wille) Dienstag. 1907

Arb.-Radfahrerverein Magdeburg. Abt. Altstadt: Am Mittwoch den 13. Juli, 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Sachsenhof“ (Alte Stadt).

Brennenbeck. Gesangverein Liedertafel. Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Uebungsstunde bei der Witwe Hoppe.

Groß-Otterleben und Bennedenbeck. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei der Witwe Hoppe. 25

Schönebeck. Arb.-Gesangverein Freie Sänger. Singstunden umständlicher diese Woche im „Wiener Restaurant“, 95. Straße, am Mittwoch abend. 23

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

	10. Juli	11. Juli	12. Juli
Straußfurt	+ 1.90	+ 1.90	—
Weißenselb	+ 0.70	+ 1.20	— 0.50
Krotha	+ 2.15	+ 2.50	— 0.35
Klößen	+ 1.69	+ 2.18	— 0.49
Sernburg	+ 1.30	+ 1.44	— 0.14
Salze Oberpegel	+ 1.65	+ 1.68	— 0.03
Salze Unterpegel	+ 0.94	+ 1.24	— 0.34

Salze.

Deßau, Krukenst. 10. Juli — 0.12 | 11. Juli + 1.05 | — | 1.17

Fier, Eger und Mosbau.

	8. Juli	9. Juli	10. Juli	11. Juli
Jungbunzlau	— 0.04	— 0.02	—	— 0.02
Bau	+ 0.15	+ 0.17	—	— 0.02
Budweis	+ 0.28	+ 0.37	—	— 0.09
Prag	—	—	—	—

	8. Juli	9. Juli	10. Juli	11. Juli
Harzburg	+ 0.18	— 3.07	—	— 0.11
Brandeb.	+ 0.39	+ 0.30	—	— 0.09
Meinit	+ 0.71	+ 0.74	—	— 0.03
Zeitmerig.	+ 0.50	+ 1.10	—	— 0.80
Muffig.	+ 0.85	+ 1.44	—	— 0.50
Dresden	— 0.78	— 0.42	—	— 0.36
Torgau	+ 1.44	+ 1.54	—	— 0.10
Wittenberg	+ 2.20	+ 2.29	—	— 0.09
Mühlau	—	+ 1.81	—	—
Harz	+ 1.61	+ 1.85	—	— 0.24
Schönebeck	—	+ 1.58	—	—
Magdeburg	+ 1.45	+ 1.75	—	— 0.30
Langermünde	+ 1.98	+ 2.05	—	— 0.07
Wittenberge	+ 1.59	+ 1.58	—	— 0.01
Broda-Bornitz	+ 1.06	+ 1.10	—	— 0.04
Sauenburg	+ 1.11	+ 1.14	—	— 0.03

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mühlstadt, 11. Juli.

Aufgebote: Schlosser Max Dietrich mit Meta Reimer. Altfeldier Hilmar Barnede in Helmstedt mit Gertraud Reiß hier. Schlosser Friedrich Lange hier mit Martha Grams in Wölfe.

Geburten: Kurt, S. des Stellmachers Gustav Vermer. Edith, S. des Modellhebers Hans Hundt. Emma, T. des Arbeiters Karl Montag. Emil, S. des Arbeiters Emil Droschel. Heinrich, S. des Postboten Adolf Eder. Annemarie, T. des Schugmanns Otto Müller.

Todesfälle: Schuhmachermeister Jul. Schulz, 60 J. 9 T. Verla geb. Lohmann, Ehefrau des Bauunternehmers Paul Klebe, 54 J. 5 T. Emilie Ehe, unverehelicht, 48 J. 3 M. 18 T. Kreditör Robert Lohmann, 41 J. 13 T. Anna geb. Jahn, Ehefrau des Eisenbahnarbeiters Otto Klemisch, 35 J. 7 M. 26 T. Oberlehrer Dr. phil. Bruno Baumgarten in Neuenahr, 34 J. 5 M. 9 T. Kaufmann Otto Vogler, 21 J. 9 M. 3 T. Elise, T. des Bildhauers Walter Köhler, 1 J. 4 M. 28 T. Lisa, unehelich, 8 M. 15 T. Willi, S. des Arbeiters Willi Brauer, 3 M. 26 T. Reinhard, S. des Postboten Karl Rogengel, 3 M. 18 T. Rudolf, S. des Arbeiters Willi Gannier, 2 M. 24 T. Elise, T. des Kutshers Karl Heine, 1 M. 15 T. Elise, T. des Versicherungsbeamten Franz Bindernagel, 2 M. 28 T. Totgeb. T. des Arbeiters Leonard Lüd in Güllsdorf.

Subenburg, 11. Juli.

Aufgebote: Kaufmann Paul Albert Förster hier mit Elsa Niemer in Christiansau (Wähmen).

Geburten: Ena, T. des Kutshers Albert Kuchensieder. Elfriede, T. des Arbeiters Hermann Braun.

Todesfälle: Kurt, S. des Schlossers Joseph Kuntel, 1 J. 4 M. 26 T. Henriette geb. Kaczmevska, Ehefrau des Arbeiters Wilh. Körner, 59 J. 11 M. 17 T. Postkaffner Otto Müller, 34 J. 10 M. 8 T. Totgeb. S. des Arb. Friz Heinrichs.

Budau, 11. Juli.

Geburt: Charlotte, T. des Tischlers Robert Geroldsky.

Neustadt, 11. Juli.

Aufgebote: Buchhändler Wilh. Karl Ernst Hüthenrauch in Bielefeld mit Margarete Friederike Sophie Klinge hier. Kaufmann Ernst Eberhard Lachin mit Marie Emilie Gertraud Engelberg.

Geburten: Gertr. T. des Arbeiters Ernst Wilt. Elise, T. des Tischlermeisters Wilhelm Delor. Wilhelm, S. des Brauereiarb. Otto Köhler.

Todesfälle: Luise, T. unehelich, 4 M. 6 T. Walter, S. des Arb. Wilh. Paul, 2 M. 12 T. Alie, T. des Arb. Albert Hägerbach, 4 M. 15 T.

M.-Köthensee.

Todesfall: Müller Franz Niemann, 67 J. 7 M. 11 T.

Mischerleben.

Geburten: S. des Bahnarbeiters Walter Fernus, T. des Arbeiters Hermann Feibler.

Todesfälle: Elli, T. des Robelstischlers Willi Droschn, 1 M. 11 T. Willi, S. des Hoblers und Frägers Gottfr. Gerlach, 1 M. 13 T.

Staßfurt.

Eheschließungen: Brauereiarbeiter Wilhelm Habener in Förderstedt mit Luise Behje hier. Schmied Wilhelm Kue mit Anna Pieper.

Geburt: T. des Fabrikarbeiters Richard Förberer.

Todesfall: Friederike Fleischmann geb. Schwenke, 73 J.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Aufschrift kostet die Seite 1 Mark.

Wenn Sie sicher gehen wollen

etwas wirklich Gutes zu bekommen, dann nehmen Sie Rathreiners Malztafee und nicht eine Nachahmung!

1428

Siegfried Alterthum

Magdeburg
Breiteweg 189/190.

Heute und folgende Tage, solange Vorrat

Fortsetzung des billigen Verkaufs

Unterröcken, Goltjacken, Unterzeugen,
Strumpfwaren, Rüschen, Gürteln usw.

Kindersöckchen

Baumwolle, weisse, schwarz, braun	Größe 9	8	7	6	5	4	3	2	1	0
	65	60	55	50	45	40	35	30	25	20 Pf.

Billige Badewäsche

Russenkittel von 1.25 an.

Handschuhe Paar von 30 Pf. an.

Die Basalt- und Vulkanofirma Bayerische Hartstein-Industrie, Sitz Würzburg, fordert von ihren Arbeitern unter schriftlich den Austritt aus der Organisation und entläßt jeden Arbeiter, der diesem Verlangen nicht nachkommt. Die Firma liefert vornehmlich ihre Produkte, wie Steingruß, Kleinschlag-Schotter, Packlage, Klein- und Großplastersteine und Vulkanoplatte, außer an die Eisenbahnverwaltungen an die Kommunen und Gemeinden. Die Vertreter der Arbeiter, wie Gemeindevollmächtigte und Stadtverordnete werden dringend ersucht, bei Vergabung von Arbeiten das Verhalten der Firma ihren Arbeitern gegenüber in Betracht zu ziehen.

Zwei Unternehmer in den Schlingen der §§ 152 und 153. Die Strafkammer in Karlsruhe i. V. bestätigte das erstinstanzliche Urteil des dortigen Schöffengerichts, wonach der Vorsitzende des Deutschen Fleischerverbandes, Obermeister Karl Marx aus Frankfurt a. M., und der ebenfalls in Frankfurt wohnende Geschäftsführer dieses Verbandes, Ludwig Jermas, zu je 1 Tag Gefängnis verurteilt wurden. Bei einem Lohnkampf der Karlsruher Metzgergehilfen, bei dem es sich um die Anerkennung des Tarif handelte, schrieben die Angeklagten an drei Karlsruher Innungsmeister, die den Tarif anerkannt hatten, sie würden öffentlich gebrauchsmarkt, falls sie ihre Zusage, die sie den Gesellen gegeben, nicht zurücknahmen. Es wurde vor allem dafür gefordert, daß die Inhaber keine Warenlieferung an Behörden mehr erhielten. Das Gewerkschaftsamt befand von diesem Briefe Kenntnis und übergab ihn der Staatsanwaltschaft, da alle Merkmale — Drohung und Schädigung — vorlagen, welche sonst die Arbeiter unter Anklage bringen. Marx und Jermas mußten sich zunächst vor dem Schöffengericht Karlsruhe verantworten. Dieses verurteilte jeden der Herren zu einem Tag Gefängnis. Darob war man in Innungstreifen aus dem Häuschen, man legte sofort Verurteilung ein mit dem eingangs erwähnten Erfolg.

Der 6. österreichische Gewerkschaftskongress wird von der österreichischen Gewerkschaftszentrale zum 17. Oktober und folgende Tage nach Wien einberufen. Außer geschäftlichen Angelegenheiten und Wahlen stehen Referate über den Kampf um die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisation, über die Taktik bei Streiken und Lohnbewegungen, über die Tätigkeit des Arbeitsstatistischen Amtes und über die Sozialpolitik im Parlament auf der Tagesordnung des Kongresses.

Kleine Chronik.

Seit vier Tagen im Bergwerk verschüttet.

Am Donnerstag morgen wurden in Linden a. d. Ruhr durch Gesteinsmassen die Häuser Gebrüder Neuhaus verschüttet. Am Sonnabend vormittag gaben die verschütteten Klopfgesellen. Man hatte also die Hoffnung, sie noch lebend zu bergen. Die Arbeiter waren auch ungeachtet der häufigen Nachhänge schon so weit gediehen, daß man den Verschütteten ganz nahe war, als plötzlich ein gewaltiger, etwa 600 Wagon Gesteinsmassen umfassender Nachsturz erfolgte. Am Montag ist es gelungen, einen der beiden verschütteten Knappen aus den Gesteinsmassen herabzuholen. Er war tot. Auch der zweite Verschüttete ist zweifellos nicht mehr am Leben.

Folgen schwerer Bergsturz bei Heidelberg.

Sonntag nachmittag ereignete sich in der Ortschaft Mühlhausen am Giesbach bei Heidelberg infolge der in den letzten Tagen niedergegangenen Wolkenbrüche ein gewaltiger Bergsturz. In der Kirchgasse wurden schon seit einigen Tagen an mehreren Häusern Risse und Spalten bemerkt, so daß in der Nacht von Freitag zu Sonnabend mehrere Häuser geräumt werden mußten. Am Sonntag nachmittag gegen 1/2 Uhr riß nun eine Felswand in einer Länge von 150 Meter und einer Breite von 10 bis 50 Meter los und begrub drei Wohnhäuser mit den dazugehörigen Stallungen und Scheunen unter den Trümmern. Vier weitere Wohnhäuser nebst Nebengebäuden sind am Einstürzen. Da die Bewohner vorher gewarnt worden waren, sind Menschen glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Die Bewohner der eingestürzten Häuser hatten wenige Minuten vor der Katastrophe ihre Wohnungen verlassen. Viel Vieh, Schweine, Geflügel usw. wurde getötet. In der Unglücksstelle, die ein wüstes Bild bietet, sind weinende Frauen und Kinder versammelt, um aus den Trümmern zu retten, was zu retten ist. Viele Familien sind obdachlos.

Höhlenbewohner in der Jungfernhöhe.

Die Lesarten von Schundliteratur hat wieder einige Schulknaben in Berlin zu einem Abenteuer verleitet. Unter der Führung des 13-jährigen Schäfers Hoffmann zogen noch drei andere gleichaltrige Knaben bei Nacht und Nebel nach der Jungfernhöhe und richteten sich in der Nähe des Latenteichs eine Höhle ein. Vorher hatten sie ihren Eltern geklopft, was ihnen zu dem Abenteuer erforderlich erschien. Allerhand Wertgegenstände, die ihnen in die Hände fielen, veräußerten sie und schafften sich dafür Lebensmittel an. Trotz aller Nachforschungen gelang es im Verlauf von acht Tagen nicht, den Aufenthalt der vier Knaben zu ermitteln, bis durch Erzählungen anderer Kinder durchsickerte, daß sie eine Höhle in der Jungfernhöhe bewohnten. Sonntag abend veranfaßte die Kriminalpolizei eine Razzia durch die Jungfernhöhe; sie entdeckte nach langem Suchen die vier Abenteuerer.

Selbstmord eines Mörders.

Der aus Warschau stammende 23-jährige Georg Dschynski, der am Sonntag in den Abendstunden die Prostituierte Kliesine Klies in der Glatzer Straße zu Berlin durch einen Schuß in den Hals tötete, hat sich am Montag vormittag gegen 9 Uhr in den Anlagen des Florplatzes im Tiergarten eine Kugel in den Hals geschossen, die nach einigen Minuten seinen Tod herbeiführte.

Unwetter im Jnnal.

Ueber einzelnen Teilen des Oberinnals gingen große Wolkenbrüche nieder. Bei Inzing überschüttete der Entenbach die Urbergbahn und große Kulturlächen und richtete ungeheuren Schaden an. Die Urbergbahn wurde noch an zwei andern Stellen von Geröllmassen überschüttet. Nachts war der Verkehr eingestellt.

Seit 1 1/2 Jahren zum Tode verurteilt.

Der Raubmörder Albert Senger, der im Februar 1909 wegen Ermordung des Versicherungsagenten August Franke aus Berlin vom Schwurgericht zu Guben zum Tode verurteilt wurde, harret noch immer der Entscheidung seines Schicksals. Nach Verurteilung seiner Revision durch das Reichsgericht bemüht sich Senger seit nahezu 1 1/2 Jahren, ein Wiederaufnahmeverfahren herbeizuführen.

Nach dem Genuß giftiger Pilze schwer erkrankt.

In Reife ist der Schneidermeister Sobotte, dessen Ehefrau und deren Schwester, die Schneiderfrau Zimmer, sowie die Bedienungsfrau Renelt und deren Sohn nach dem Genuß giftiger Pilze schwer erkrankt. Die 7-jährige Tochter des Schneidermeisters Wende, die auch von den Pilzen gegessen hatte, ist bereits gestorben.

Die Flugwoche in Johannisthal.

Auf dem Flugplatz Johannisthal wurden am Sonntag nachmittag mehrere erfolgreiche Flüge ausgeführt. Der Aviatiker Dörner gewann auf seinem Monoplan eigener Konstruktion den Langpreis im Werte von 3000 Mark. Daran anschließend erwarb er sich durch mehrere gute Flüge das Führerzeugnis. Außerdem unternahm der Brightflieger Thelen einen gelungenen Ueberlandflug nach Alt-Sieniende.

Die Flugwoche in Bournemouth (England).

Am Sonntag begann die Flugwoche in Bournemouth. Neunzehn erfahrene Aviatiker haben sich für den Wettbewerb um die im ganzen 170 000 Mark betragenden Preise gemeldet. Das Publikum bringt dem Schauspiel großes Interesse entgegen. Die Tribünen fassen 30 000 bis 40 000 Menschen, und wenigstens 400 000 Menschen können von verschiedenen Punkten der Bahn aus eine gute Aussicht genießen. Am frühen Morgen machte Cecil Grace einen Probeflug; dabei geriet er beim Landen von der Bahn ab in eine enge Straße mit Heden an beiden Seiten. Beide Flügel zerbrachen an den Heden, doch entkam Grace ohne Verletzungen. Der Aviatiker Drexel erreichte bei einem Höhenflug eine Höhe, die offiziell 1950 Fuß geschätzt wurde, und stieg dann mit rasender Geschwindigkeit nieder, landete aber glücklich ohne Unfall. Nach einer Pause ereignete sich ein aufregender Unfall: George Barnes war mit seinem „Humber“ aufgestiegen, und als er eben zwei Drittel der Bahn zurückgelegt hatte, stürzte seine Maschine, mit dem Vorderteil voran, jäh nieder. Autos und berittene Polizisten rasten zur Stelle, fanden aber den Aviatiker sowie seine Maschine nur wenig verletzt vor. Drexel erreichte bei einem zweiten Fluge die Höhe von 2493 Fuß.

Schiffsunfälle.

In der Dänie ist auf offener See am Montag ein großer Dampfer gesunken. Fischer, die das Wrack untergehen sahen, waren bald zur Stelle mit ihren Booten, konnten aber weder von der Beladung noch von etwaigen Schiffsböten etwas bemerken.

Im Aeroplan über die Alpen.

Die Pläne der Aviatiker besaßen sich immer höher. Mitte September soll ein Flug über die Alpen im Aeroplan erfolgen, für den ein Preis von dreihunderttausend Franc von der italienischen abtätigen Gesellschaft gestiftet worden ist. Paulhan und Batham haben sich bereits gemeldet. Der Flug soll von Prag aus über den Stimpfen nach Domodossola am 23. September stattfinden. Als Flugdauer sind 24 Stunden vorgezogen. Die Höhe liegt 880 Meter über dem Meer, der höchste zu überfliegende Punkt ist 2008 Meter hoch.

Das Elend der Wiener Obdachlosen.

Ein armes Kind, das auch zu den Obdachlosen gehörte, die im kräftigen Regen die Nacht außerhalb des Asyls zubrachten, weil sie wegen Mangels an Raum nicht eingelassen werden konnten, ist am Nochsam der Mutter gelagert, gestorben. Diese Tatsache warf plötzlich ein grelles Licht auf unglückliche Zustände, die längst bestehen. Täglich werden bis zu 300 Obdachlose abgewiesen, die mit kleinen Kindern im Regen, der fast jede Nacht dieses Sommers fällt, schwer erkranken. Die Spitäler sind derart überfüllt, daß selbst Mütter mit sterbenden Kindern im Arm abgewiesen werden müssen. So ist es in Wien. Das Elend ist aber in deutschen Großstädten nicht minder groß. Auch hier irren zahlreiche fleißige Arbeiter, die arbeitslos geworden sind ohne persönliches Verschulden, mit Kindern und Angehörigen nachts obdachlos umher, als Opfer eines widerstandigen, grausamen Wirtschaftssystems.

Ein Hungerstreik im Triester Landgericht.

Im Gefängnis des Landgerichts zu Triest befindet sich eine größere Anzahl Personen unter der Anklage politischer Verbrechen in Haft. Da sie bisher nicht erfahren konnten, wessen sie beschuldigt wurden, begannen sie vor zehn Tagen einen Hungerstreik. Auf das Verprechen des Landgerichtspräsidenten, daß ihrem Wunsch binnen Wochenfrist entsprochen werden solle, beruhigten sie sich. Da indessen die Frist verstrich, ohne daß man ihrem Verlangen nachkam, inszenierten sie von neuem einen Hungerstreik. Montag früh sind nun zehn Verhaftete freigelassen worden.

Zum Lawinenunglück bei Scheidegg.

Die Leichen der sieben bei der Berglühütte verunglückten Bergsteiger sind am Montag nach Grindelwald gebracht worden. Ihre Bergung, die durch 42 Bergführer vollzogen wurde, war äußerst schwierig und gefährlich, da den ganzen Tag über Lawinen niedergingen.

Havarie eines deutschen Dampfers.

Der deutsche Petroleumdampfer „Jesperus“ lief mit schwerer Havarie am Sonntag in Newport ein. Der Dampfer war auf hoher See mit dem Sechsmastdampfer „Addie Lawrence“ kollidiert. Ueber das Schicksal der „Lawrence“ fehlt seit dem Zusammenstoß jede Nachricht.

Selbstmord eines preussischen Musikleiters.

Am Montag selb hat sich auf dem Rahlener in Wien der 21-jährige Musikleiter des preussischen Infanterie-Regiments Nr. 22 Alexander Sguta durch einen Revolverbeschuss in den Kehlkopf getötet. Er war jahreslang zu Fuß aus Bleiwieg nach Wien gekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgesandt. Besprechung vorbehalten.
Heft 21 der Natur, Zeitschrift der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft (Geschäftsstelle: Theodor Thomas in Leipzig. Preis für das Vierteljahr 1,50 Mark).
Soeben erschien Nr. 15 des Simplicissimus. Preis 30 Pf. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag in München.
Der Stein der Weisen. 14. Heft (23. Jahrgang). A. Hartlebens Verlag in Wien.

Briefkasten.

Alter Abonnent, Schönebeck. Ihre Frage ist erst zu beantworten, wenn Sie angeben, ob Kinder da sind.
G. R., Egeln. Sie müssen das Fahrrad herausgeben.
C. W. 100, Aken. Nein!
A. W., Staffort. Ihre Zeitschrift trägt keinen Organisationsstempel, sie konnte deshalb nicht aufgenommen werden.

Halberstädter Familien-Vereins für Krankenpflege
Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung. 1911

Einladung zu der am Donnerstag den 21. Juli 1910, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn G. Bollmann („Gewerkschaftshaus“), Gerberstraße 15, stattfindenden **ordnungsmäßigen halbjährlichen Generalversammlung.**

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Revisorenbericht. 4. Berichterstattung der Spezialrevisoren. 5. Decharge-Erteilung. 6. Wahl von zwei Spezialrevisoren. 7. Beschlußfassung über die Vererbung des Ueberflusses. 8. Verschiedenes.

Debet	Kredit
An Kassenbestand am 1. Januar 1910	7336.32 Mk.
Einnahme für Mononementsbeiträge	21616.40
Einnahme für Einschreibgebühr	73.-
Einnahme für Ausstellung neuer Karten	80.-
Einnahme für Utensilienverkauf	5.70
Einnahme für Extra	15.15
Einnahme für Weinverkauf	39.40
Einnahme für Zinsen	318.53
Summa 28905.50 Mk.	
Ausgabe für Ärzte	6960.- Mk.
Spezialärzte und Kliniken	368.90
Apotheken	5267.-
Milch	43.83
Brillen, Bandagen, Bruchbänder	438.25
Schröpfen, Zahnziehen, Massage, Lanomenis	504.01
Wein, Fracht und Abziehen	649.70
Gerichtskosten	—
Zuschüsse	50.20
Salz und Bäder	464.05
Krankenhaus	2053.60
Utensilien	76.85
Vorstand, Ausschuss	4.30
Siverjes	5.30
Weinlagerhalter	96.-
Verwaltung	121.68
Genossenschaftsbol.	1380.78
Reservoren	96.-
Reservofonds	2000.-
Dem Dekrederefonds überwiesen	5236.32
Saldo	5594.53
Summa 28905.50 Mk.	
Am 1. Juli 1910 Kassenbestand	5594.53 Mk.
Dem Dekrederefonds überwiesen und Bestand	5236.32
Tavon den Mitgliedern Unterstützung gezahlt	2000.00
Bestand des Dekrederefonds	3236.32 Mk.
Bestand des Reservofonds	2000.00
Geschäftsfonds	5594.53
Vertrauensfonds	3236.32
Summa 8860.55 Mk.	
Bestand der Stammanteile am 1. Januar 1910	4628.79
An Stammanteile eingekommen	35.00
An Stammanteile ausgezahlt	80.75
Bestand der Stammanteile am 1. Juli 1910	4583.04
Die Genossenschaft hatte am 1. Januar 1910	2020 Mitglieder
Zugetreten sind bis 30. Juni 1910	78
Küschgeschieden durch Tod, Fortzug usw.	78
Gegenwärtiger Mitgliederbestand	2022

Halberstadt, den 1. Juli 1910.

Der Vorstand:
H. Schumann, 1. Vorsitzender. G. Schröder, 2. Vorsitzender. F. Gerlach, Kassierer. Otto Steyer, G. Müller, Revisoren. Karl Schulze, Schriftführer.

Sozialdemokrat. Verein Magdeburg

Am Dienstag den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr im „Sachsenhof“, Große Storchstraße Nr. 7

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht über die Reichstagskandidatenfrage.
2. Bericht des Vorstandes, des Ausschusses u. der Preßkommission.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
4. Verschiedenes.

Nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs ist der Zutritt gestattet.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Die Kartellversammlung findet am Donnerstag den 14. Juli ~~am~~ **nicht** statt.
1892 **Der Vorstand.**

Burg. **Burg.**
Allgem. Sterbekasse zu Udruf Kl. V. a. G. Mittwoch d. 13. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Rejchle, Restaurant zum Hagen 1892

Bezirks-Versammlung
In derselben wird der Kassierer, Herr F. Hartmann aus Udruf, über die Entwicklung und den Stand der Kasse sprechen. Die geehrten Mitglieder und Freunde unserer Kasse werden um recht zahlr. Beteiligung gebeten.
Burg, den 8. Juli 1910.
Der Vertreter: H. Sonnabend.

Volkverein Aschersleben.
Donnerstag den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Wilkes Lokal **Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung: 1914
1. Die Generalversammlung und Wahl der Delegierten.
2. Die Stadtverordnetenwahl.
3. Abrechnung vom 2. Quartale. Vereins- u. Parteiangelegenheiten.
Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein **Der Vorstand.**

Wahrräder
repariert unter Garantie jaggemäß, schnell u. preiswert. Lager u. Anfertigung sämtlicher Ersatz- u. Zubehörteile. Emailierung u. Verzinkung.
H. O. Müller, Blaubeilstr. 8.

Unsre beliebte **Elfenbein-Seife** ist nur echt mit „Elefant“. 2651 Ueberall zu haben. Günther & Haussner Chemnitz.

Waschen Sie schon mit **Kluges** 1704

Seitensalmiak?

Sudenburg Otto Kaphengst

Bettfedern 1815
Aussteuer-Artikel
Inlette
Fertige Betten
Metal-Bettstellen

Billiges Brennholz.
Trocknen Pantinenhölzer, abfall offeriert von 300 Mk. an frei vom Haus. Einzelverkauf täglich von 8 bis 5 Uhr nachmittags. Riepe schon von 30 Pf. an.
H. Fritsch, Dampfheizerf. Rogauer Str. 18. Fernp. 1269.

Laden 450 N., Wohnung 174 N.
Lofort zu vermieten Backstow., Gerberstraße 24. 1-1

Gr. Ottersleben, Kl. Schulstr. 5. Wohnung zu vermieten. Näh. bei Herrn Pechau.

Leih-Haus

Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
(Gegr. 1841) 1705
Höchst-Belohnung jeder Werkfacke.
Strenge Verschwiegenheit

Mittteilung: Die Mitglieder sind verpflichtet, beim Besuch des Arztes und des Krankenhauses die Mitgliedskarte vorzuzeigen.

auslösen zu können, brauchen die Schauffeller und sonstigen Kundenbesitzer und vor allem auch das gebildete Publikum gutes Wetter, das hoffentlich bis dahin eintreten wird.

Der Streit in der chemischen Fabrik von M. Dürr. Magdeburg-Sudenburg, dauert unverändert fort. Der Chemiker Geißler ist jetzt in großer Verlegenheit. Die Hoffnungen, welche er der Firma gemacht hatte, daß mit den von ihm herangeholten Streikbrechern das gleiche produziert werden könne, haben sich nicht erfüllt. Trotzdem an den Benutzungen bis abends 7 Uhr gearbeitet wird, hat sich die Produktion um 50 Prozent vermindert. Dementsprechend sinken auch die Altkordlöhne und die Folge ist, daß die Streikbrecher dem Betriebe den Rücken kehren. Andere wieder sind durch Krankheit gezwungen, ihre „nützliche“ Tätigkeit einzustellen. Am Montag wurde einer der Kranken per Droschke nach dem Krankenhaus geschafft, so daß von den 17 „Berlinern“ noch ganze 8 in Arbeit stehen. An dieser Tatsache können auch die Kaufmännischen Kreise der Tochter des Meisters Krüze nicht das geringste ändern. Am selben Tage wollte sich das hiesige Gewerbeamt mit dem Lohnabzug von 16 Mark beschäftigen. Die Firma wurde aber von einer Verzerrung und Kompromittierung bewahrt. Denn in seiner Unwissenheit war der polnische Streikbrecher nicht erschienen und Herr Chemiker Geißler konnte mit froher Miene den Gerichtssaal verlassen. Zwischen ihm und uns gelungen, nicht nur den Namen des Berliner Streikbrechervermittlers festzustellen, sondern wir sind auch im Besitz des famosen „Arbeitsvertrags“, auf welchen die Streikbrecher verpflichtet werden. Wir unterbreiten hiermit die wichtigsten Bestimmungen der breiten Deutlichkeit und überlassen das Urteil darüber der gesamten Arbeiterschaft:

Ausweis. Nr. 5254/55. Herrn M. Dürr, Chemische Fabrik, G. m. b. H. in Magdeburg-Sudenburg. Folgt der Name des zur Dienstleistung Verpflichteten. Tägliche Arbeitszeit 10 Stunden mit den dort üblichen Pausen. Arbeiter für die Chemische Fabrik. Dienstantritt am 1. Juli 1910. Vereinarbete Geldvergütung: pro Arbeitstag 2,00 Mk. und freie Station. Im Altkord können 4,50 bis 5,00 Mk. verdient werden, wobei die Verpflegung abgerechnet wird. Der Dienstvertrag ist von heute bis 1. Dezember 1910 abgeschlossen. Lohnzahlung wie dort üblich. Dem Unterschriebenen wird am 1. Dezember 1910 eine Prämie von pro Woche 2,00 Mk. ausbezahlt. Von den ersten 8 Wochenenden bleiben je 3,00 Mk. ansetzen; diese werden am 1. Dezember 1910 voll zurückgezahlt, wenn ich bis dahin dort gearbeitet habe. Mir ist mitgeteilt worden, daß ein Teil der dortigen Arbeiter entlassen worden ist, und ich verpflichtet bin, trotzdem dort zu arbeiten.

Nur wenn ich die Stelle durch mein Verschulden vorzeitig verlasse, habe ich die zu meiner Beschaffung aufgewendeten Kosten zu erstatten.

Ich versichere, daß ich lebig, zurzeit dienstfrei, gesund und voll arbeitsfähig bin und die bei meinem Dienstgeber geltende Arbeitsordnung anerkenne. Ich beauftrage Herrn Riebenstahl, meine ihm übergebenen Legitimationspapiere meinem hiesigen Arbeitgeber portofrei oder unter Nachnahme zu übersenden. Folgt noch eine Schlußbestimmung.

Berlin, 1. Juli 1910.

Unterschrift des Streikbrechers.

Theodor Riebenstahl
Stellenvermittler für Industrie und Landwirtschaft.
Berlin N. Gr. Hamburger Straße 16.

Auf der Rückseite des „Vertrags“ befindet sich ein Auszug der gesetzlichen Vorschriften für Stellenvermittler. Das hat den braven Stellenvermittler im Wunde mit dem Chemiker Geißler nicht abgehalten, die Streikbrecher an den Berliner Bahnhöfen anzuwerben. Daß den Herrschaften ihr Handwerk gründlich gelegt wird, dafür wird die gesamte Arbeiterpresse Deutschlands sorgen. Nun mag der Chemiker Geißler aus neuer Feil versuchen. An die Arbeiterschaft richten wir aber die dringende Ermahnung, die chemische Fabrik von M. Dürr strengstens zu meiden.

Baugenehmigungen. In der ersten Hälfte des Juli sind von der städtischen Polizeiverwaltung 74 Baugenehmigungen erteilt worden. In größeren Bauten befinden sich darunter: Vier Einfamilienhäuser in der Gartenstraße, „Hofgarten“, drei Villen in der Klewitzstraße, ein Vorderwohnhaus Ecke der Reptow- und Kreuzförststraße (Sohlke), ein Vorderwohnhaus mit rechten und linken Seitenflügel nächst Hintergebäude an der Kanistraße, ein Vorderwohnhaus Ecke der Halberstädter und Wilmannsstraße, ein Miet- und Wohnhaus an der Straße 2 (Fermersleben), ein Vorderwohnhaus mit Hinterhaus Große Diederichsstraße 247, ein Wohnhaus Ecke Fürst-Deopold- und Pietenstraße, ein Wohnhaus Eisenstraße (Fermersleben), ein Wohnhaus Gähler Weg (Tracau) ein Zweifamilienhaus Reptowstraße, Ausbau der abgebrannten Fuderfabrik in Westerbäsen, ein Vorderwohnhaus Winterfeldstraße, ein Vorderwohnhaus Eisenstraße 8, ein Fabrikgebäude Königsborner Straße 14 und je ein Vorderwohngebäude an der Sothener Straße und Ecke der Wolfenbüttler Straße.

Massendiebstähle. Die am 7. d. M. festgenommenen beiden Einbrecher Arbeiter Bernhard Kinder und Dreher Franz Dobronz aus Rudau sind überführt und zum größten Teile gefänglich, hier innerhalb der letzten 6 Monate folgende Einbruchsdiebstähle ausgeführt und nachbenannte Sachen gestohlen zu haben: aus einer Buchhandlung am Breiten Wege eine größere Anzahl Bücher und einige Bilder; aus einem Lager am Breiten Wege zu mehreren Malen Spreddapparate, etwa 650 Platten dazu und Teile zu elektrischen Anlagen im Werte von etwa 2000 Mark; aus einem Lager in der Schönebecker Straße zu verschiedenen Malen Hausgeräte und Gegenstände zu Fernsprechanlagen von nicht unbedeutendem Werte; aus einem Laden in der Alten Ulrichstraße zu verschiedenen Malen Ferngläser, optische und mechanische Gegenstände und Instrumente; aus zwei Maschinenfabriken in Rudau zu mehreren Malen Metalle und elektrische Meßinstrumente; aus einem Keller in der Coquiststraße Sekt und Wein; aus einem Laden und Keller in der Feldstraße Wurst, Fleischwaren, Wein und Feigen; aus einer Schantwirtschast in der Coquist. Wein, Schnaps und Zigarren; aus einem Laden in der Victoriastraße eine Kassetten mit 298 Mark und verschiedene Gegenstände zu elektrischen Anlagen (bei diesem Diebstahl, der in der Nacht zum 21. Februar ausgeführt ist, haben die Diebe, wie seinerzeit berichtet, 18 gerade, 6 krumme, 58 Zentimeter lange Schienen und eine Lokomotive mit Tender einer elektrischen Kinder-Spielbahn zurückgelassen, die bis jetzt nicht unterzubringen gewesen sind), aus einem Lagerkeller in der Haffelbachstraße Sachen zu elektrischen Anlagen; aus einem Schantkasten am Breiten Wege Schuhschrauben und aus einem Laden in derselben Straße ein neues Fahrrad. Sie sind auch diejenigen Personen, die, wie seinerzeit berichtet, am 4. April gegen 4 Uhr morgens von einem Schuttmann beobachtet waren, als sie, jeder ein Paket auf dem Rücken tragend, vom Breiten Weg durch die Breite Straße nach dem Domplatz gingen, sich aber dort, als sie sich verfolgt sahen, trennten und der eine bei der weitem Verfolgung durch den Schuttmann das Paket von sich warf, in dem sich ein neues Grammophon und 50 Platten dazu befanden. Von dem Diebstahl der Festgenommenen sind bisher folgende Gegenstände nicht anerkannt worden: Ein Akkumulatorenladen mit 4 Zellen, 1 Akkumulatortank (einzelig), 5 Elektromotoren, 2 Ventilatoren mit Antriebsrädern, Manometer, 1 kleine Wasserwaage aus Messing (11 cm lang), 11 Batterien für Taschenlampen, 3 elektrische Taschenlampen, 12 Zinkzellen für Elemente, 2 Operngläser, 1 schwarzes Teleskop zum Umhängen, 1 Paar hochpolierte Herrenschuhbürste, 1 goldener Klemmer, 1 goldene Brille, 1 schwarzes Hut mit Uhrmacherhandwerkzeug, 2 Zentrumbolzen für Holz, 1 Tourenzähler für drehbare Gegenstände, 1 Kommodenbeschlag, eine große Anzahl Gegenstände zu elektrischen Licht- und Klingelanlagen, 1 Aße (Kinderpielzeug), 1 grünlischer Klack und 1 grauer, rot eingefaßter Schaufelvorhang. Die rechtmäßigen Eigentümer dieser Sachen werden ersucht, sich schleunigst bei der Kriminalpolizei zu melden.

Gestohlen wurden hier am 7. Juli, nachmittags, in einer verflochten Wohnung der Schmiedehofstraße aus einem untergeschlossenen Koffer eine goldene Damen-Diamantnähmaschine nebst kurzer goldener Kette, ein Duffelkleinwand mit schwarzer Schürze und einige Nahrungsmittel, am 10. Juli, nachmittags gegen 7 1/2 Uhr, in einem Gesellschaftsgarten vor dem Ulrichstor von einem Stuhle ein schwarz und weiß kariertes (geflechtartig) Sommerüberzieher mit graublauen Spiegeln, am 11. Juli, nachmittags gegen 4 Uhr, in einem Laden der Halberstädter Straße vom Adentisch ein Paar neubehaltene, braune Kinderhandschuhe und nachmittags gegen 9 Uhr vor dem Hause Stephansbrücke 20 ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, nach unten gebogener Lenkstange, schadhafter Handbremse und Gebirgsreifen auf dem Hinterrade.

Ein Betrüger hat am 30. Juni und 1. Juli von Herrschaften Palmeln abgeholt unter der Angabe, er werde vom Örtner Wehge geschickt, die Pflanzen zum Umsetzen abzuholen. In dem einen Falle ist nur das Dienstmädchen anwesend gewesen und hat geglaubt, die Herrschaft habe dem Örtner Auftrag gegeben, und in dem anderen Falle war die Ehefrau anwesend und hat geglaubt, der Örtner habe die Anordnung getroffen. Die Palmeln haben so in dem Zimmer gestanden, daß sie von der Straße aus gesehen werden konnten. Der Betrüger soll etwa 30 Jahre alt sein, einen blonden Spitzbart getragen, gut gekleidet gewesen sein und einen anständigen Eindruck gemacht haben. Jedenfalls hat er die Palmeln hier verkauft. Mitteilungen hierüber sowie über die Person des Betrügers erbittet die Kriminalpolizei.

Verhaftet wurde der mehrfach vorbestrafte Weißgerber August M. aus Neuhaldensleben, der gestern hier verhaftet ein Fahrrad „Triumph“ zu veräußern, das, wie durch Fernsprecher festgestellt, in Neuhaldensleben aus einem Hausflur von ihm gestohlen worden ist.

Nahrungsmitteluntersuchungen. Wie der Polizeipräsident bekanntgibt, waren von den aus Ladengeschäften und andern offenen Verkaufsstellen in Magdeburg vom 1. April bis Ende Juni 1910 entnommenen Proben von Nahrungsmitteln verfaßlich Milch und Butter in je 6, Hackfleisch in 8 Fällen und Teigwaren, Getreide und Graupen in je 1 Falle. Minderwertig war Milch in 16 Fällen.

Vom Sterntor. Nachdem der Magistrat bereits die nötigen Ordere erteilt hatte, um diesen letzten unschönen Ueberrest der alten Sternschanze den Männern der Hade und der Schaufel zu überantworten, wurde von militärischer Seite noch einmal gegen den Abbruch Einspruch erhoben und um Aufschub gebeten. Man hoffte, die alte Schanze in irgendeine Kasernenmauer einbauen zu können. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat das Kriegsministerium es abgelehnt, zur Erhaltung dieses baulichen Denkmals auch nur einen Pfennig herzugeben. Es bleibt also beim Abbruch!

Der Reichsbankrott

Ist durch die „Reichsfinanzreform“ vorläufig abgewehrt worden. Diese Finanzreform besteht nun vollständig in einer ungeheuerlichen Mehrbelastung der Lebens- und Genussmittel der breiten Volksmasse: Tee, Kaffee, Tabak, Bier, alles ist wesentlich verteuert worden. Ganz besonders auch der Branntwein, weil aus der Branntweinsteuer auch noch die schnapsbrennenden Junker einen Extraprofit in Gestalt der Viebesgabe ziehen wollen. Dummende Arbeiter, die in dem Junker den erbittertesten Feind des Volkes kennen und ihn nicht leicht durch ihre Großen reich machen wollen, dürfen deshalb **keinen Schnaps trinken!**

Eine neue Polizeiverordnung über die Trichinen-schau. Unter Aufhebung der Polizeiverordnungen vom 3. Oktober 1903, 28. November 1906, 14. Oktober 1907 und 2. August 1909 hat der Regierungspräsident eine neue Polizeiverordnung über die Trichinenschau erlassen. Danach unterliegen Schweine, Hunde und Wildschweine einer amtlichen Untersuchung auf Trichinen, auch wenn ihr Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalte des Besitzers verwendet werden soll. Unmittelbar nach der Schlachtung der Schweine und Hunde und vor der Zerlegung der Wildschweine haben die Besitzer die Tiere bei dem zuständigen Trichinenschauer zur Untersuchung anzumelden. Die Zerlegung der geschlachteten Schweine und Hunde sowie der getöteten Wildschweine und die Zubereitung des Fleisches zum Genuß für Menschen darf erst erfolgen, nachdem die Untersuchung beendet ist und der Trichinenschauer die Tiere mit dem amtlichen Stempel als „trichinenfrei“ gekennzeichnet hat. Sofern nicht eine höhere Strafe verurteilt ist, werden Zuwiderhandlungen bis zu 150 Mark bestraft.

Geißelgeliebhaber. Nach einer Mitteilung aus Detmold sind dortselbst in der Nacht zum 10. d. M. zehn Hühnerfüßen (8 Wochen alte weiße Mandottens) und ein Puterflügel gestohlen worden. Es wird vermutet, daß die Tiere hier zum Verkauf kommen werden. Mitteilungen hierüber erbittet die hiesige Kriminalpolizei.

Unfall. Durch das Herabfallen einer Nietwinde zog sich am Montag nachmittags der Schmied Bernhard Koll, Lemsdorfer Weg 14, in der Maschinenfabrik von Wolf eine Quetschung des rechten Fußes zu. Der Verletzte wurde nach dem Sudenburger Krankenhaus gebracht.

Ershossen. Am Dienstag vormittag um 9 Uhr erschoss sich in den Anlagen am Nordfriedhof ein älterer Herr, aussehend den besseren Ständen angehörig. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Westfriedhofs gebracht. Wer der Verstorbenen ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Nicht identisch. Der Borkier im Kaiser-Theater Willi Wallmann, Stephansbrücke 14, bittet um mitzuteilen, daß er mit dem Arbeiter Willi Wallmann, der wegen zu Unrecht erhobener Zeugengebühren vor dem Schöffengericht Rudau angeklagt war, nicht identisch ist.

Konzerte, Theater, Sport etc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

*** Viktoria-Theater.** Ueber die Schauspiel-Robitität „Der Standal“, dessen Erstaufführung am Mittwoch stattfinden soll, schreiben die Berliner Blätter: „Einen durchschlagenden Erfolg erlebte das padende Schauspiel Batoules in einer ausgezeichneten, feinstimmigen Uebersetzung bei der deutschen Aufführung am Orbel-Theater in Berlin. Folgender Beifall brachte bei den kräftigsten, dramatischen Entladungen hervor. Mit atomarer Spannung folgten die Zuschauer von Anfang bis zu Ende der mit glänzendem Geschick aufgeführten Handlung, die die Hand eines Dramatikers von Geschmack und poetischem Empfinden vertrat.“ „Der Standal“ wird Donnerstag und folgende Tage wiederholt. Anfang der Vorstellungen 8 1/2 Uhr.

*** Zirkustheater.** Wie wir erfahren, hat der frühere Pächter des Zirkustheaters, welcher seit Mitte vorigen Jahres bis vor kurzem in Wiesbaden Vorstellungen gab, daselbst wieder bis Ende September gepachtet und wird darin Spezialitäten-Vorstellungen geben. Am 16. d. M. beginnen die Vorstellungen mit einem vorzüglichem Varietés-Programm sowie einer großen internationalen Ringkampfs-Konkurrenz um die Preise von 4000 Mark. Es hat sich bereits eine große Anzahl von namhaften Ringern gemeldet.

Letzte Nachrichten.

Der Fall Rochette.

* Paris, 12. Juli. Die Kammer bereit gestern die Anfrage über die Verhaftung des Bankiers Rochette im Jahre 1908, über die in der heutigen Uebersicht das Nähere nach-

zulesen ist. Jaurès erklärte, Rochette sei damals gefallen, weil er sich den Maß des finanziellen Generalstabes der großen Gesellschaften, die auf die öffentliche Gewalt Einfluß ausübten, zugezogen habe. Er behauptet, Rochette sei auf die von der Polizei fabrizierte Klage eines fingierten Aktionärs hin verhaftet worden, und fordere, daß man die ausführlich mache, die sich damals durch Baillifepetitionen bereichert hätten, weil sie von der Verhaftung Rochettes Kenntnis gehabt hätten. Jaurès tabelte sodann das Verhalten des Polizeipräsidenten Lépine, machte Briand den Vorwurf, daß er erklärt habe, in dem Falle Rochette sei alles in Ordnung, und schloß mit der Forderung, man solle gegen die Gerichtsbehörden und gegen die Polizei einschreiten. — Ministerpräsident Briand leugnete alles ab. Jaurès beantragte darauf die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Maynard brachte eine Tagesordnung ein, die der Regierung das Vertrauen der Kammer auspricht. Ministerpräsident Briand erklärte darauf, er persönlich sei gegen die Ernennung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, da ihm aber in der Angelegenheit gewissermaßen eine Mitschuld vorgeworfen werde, könne er die Ernennung einer solchen Kommission nicht ablehnen. Dagegen widerspreche er dem, daß der Kommission richterliche Befugnisse übertragen würden. Als Tagesordnung nehme er nur die von Maynard eingebrachte an und aus ihrer Annahme mache er eine Vertrauensfrage. Hierauf wurde die Tagesordnung Maynard mit 395 gegen 85 Stimmen und dann mit 398 gegen 169 Stimmen der Antrag angenommen, eine Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern zu ernennen, die über die Umstände Klarheit schaffen soll, die der Verhaftung Rochettes vorangingen, sie begleiten und ihr folgten. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

12. Juli. In der gestrigen Sitzung des Municipalrats verteidigte Polizeipräsident Lépine seine Stellungnahme in der Angelegenheit des Bankiers Rochette und erklärte, er habe keine zweifelhafte Handlung begangen und bei dieser Gelegenheit nie immer seine Pflicht getan. Er habe schnell gehandelt, weil es galt, die kleinen Spitzer zu schützen. Schließlich wurde die einfache Tagesordnung mit 48 gegen 26 Stimmen angenommen.

Ein Brief des deutschen Kaisers?

Ed. London, 12. Juli. „Daily Chronicle“ meldet aus New York: Die gestern erfolgte Veröffentlichung eines eigenhändigen Schreibens Kaiser Wilhelms an den Präsidenten von Nicaragua Herrn Madriz, das vom 26. April d. J. datiert ist, hat lebhaftes Kommentars hervorgerufen. Man betrachtet dieses Schreiben als einen ersten Schritt zur Herbeiführung besserer und engerer Beziehungen zwischen Deutschland und den zentralamerikanischen Republiken, um Deutschland dort eine Kohlenstation zu sichern, ein Vorschlag, der von seitens Deutschlands im Laufe der letzten Jahre verschiedene Male an die einzelnen Staaten Mittelamerikas gerichtet wurde. Die Nordamerikaner haben immer mit Misstrauen jede Annäherung zwischen Deutschland und den mittelamerikanischen Staaten betrachtet und dieses Schreiben des deutschen Kaisers, in welchem er den Präsidenten Madriz seinen guten Freund nennt, wird hier als ein Zeichen dafür angesehen, daß der Deutsche Kaiser in den nicaraguanischen Wirren zu intervenieren wünscht, zu einer Zeit, wo Nicaragua den Nordamerikanern den Fehdehandschuh hingeworfen habe. Der fragliche Brief erklärt, daß Präsident Madriz das volle Vertrauen Kaiser Wilhelms besitze und daß die deutsche Regierung wünsche, in bessere Beziehungen zu Nicaragua zu treten. Dieser Brief, obwohl lediglich eine Formside, wird als sehr gefährlich betrachtet, in einem Moment, der als der unglücklichste bezeichnet werden muß. — Ein weiteres Telegramm des „Daily Chronicle“ aus Washington besagt, daß dieses Schreiben als eine Herausforderung an die Vereinigten Staaten angesehen werde. Man sei überzeugt, daß die Haltung Deutschlands mehr und mehr eine anti-amerikanische werde.

Zum deutsch-österreichischen Tarifkampf.

Ed. Frankfurt a. M., 12. Juli. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin gemeldet, daß der deutsch-österreichische Tarifkampf seit gestern als erledigt betrachtet werden kann. Die getroffenen Vereinbarungen treten nunmehr in Kraft. Das Ergebnis ist, daß deutschseitig die Klindigung der Ausnahmestufe für österreichisch-ungarische Petroleum nach wie vor zu den niedrigeren Preisen nach Deutschland eingeführt werden kann. Österreich hat dafür eine ganze Anzahl tarifmäßige und einbahnstatistische Maßnahmen, die gegen die deutsche Industrie und namentlich gegen die Einführung von deutschen Steinkohlen gerichtet waren, zurückgenommen.

Ed. Gagen (Westfalen), 12. Juli. Die Stadtverordneten lehnten einen sozialdemokratischen Antrag ab, für die ausgeperrten Arbeiter in der Metallindustrie Notstandsarbeiten einzuführen und beschloß gemäß einem Antrage eines fortschrittlichen Stadtverordneten, den Regierungspräsidenten telegraphisch um seine Vermittlung im Kampfe der Metallindustrie zu ersuchen.

* Karlsruhe, 12. Juli. Die Zweite Kammer lehnte in ihrer gestrigen Abend Sitzung die vorgeschlagene Steuererhöhung sowie Erhöhung des Zuschusses zur Eisenbahnschuldenstilgung auf 2 auf 4 Millionen ab angesichts der wirtschaftlichen Lage und der bevorstehenden Wahlen. Im Laufe der Erörterung hatte Ministerialdirektor Göller nachdrücklich auf den Ernst der Finanzlage, insbesondere auf den ungünstigen Stand der Eisenbahnkassen hingewiesen und erklärt, daß die Regierung im nächsten Landtag ihre Vorschläge wiederholen werde.

Ed. Mannheim, 12. Juli. Während vom Oberlauf des Rheins, von Gunningen, Maxau und Schl fallender Wasserstand gemeldet wird, ist der Rhein in vergangener Nacht bei der hiesigen Pegelstation abermals um 16 Zentimeter auf 768 Zentimeter gestiegen. Ein Teil des Schlagsgartens ist überflutet. Der Meckar ist in vergangener Nacht um 10 Zentimeter auf 745 Zentimeter gestiegen. Man glaubt, daß beide Flüsse ihren höchsten Wasserstand erreicht haben.

Ed. Provincetown (Massachusetts), 12. Juli. Das Unterseeboot Jonita ist mit dem Kanonenboot Castine während des Manövers zusammen gestoßen. Um das Sinken des Kanonenboots Castine zu verhindern, wurde dasselbe auf den Strand gelegt. Menschenderluste sind nicht zu beklagen.

Ed. Paris, 12. Juli. „Matin“ berichtet aus London: Der hier veranstaltete große Wettkampf für Brieftauben scheint vollständig gescheitert zu sein. Von 6595 Brieftauben, welche am vergangenen Freitag morgen 1/2 Uhr in Nantes aufgeflogen sind, sind über 5000 verloren gegangen. Der mutmaßliche Sieger bei dem Flug ist Freitag abend 6.59 Uhr in seinem Laubenschlag eingetroffen.

* London, 12. Juli. Das Unterhaus begann gestern die Erörterung des Gesetzentwurfs über die Ausdehnung des parlamentarischen Wahlrechts auf die Frauen. Der Entwurf wurde zunächst von der Arbeiterpartei und den Konserativen unterstützt, dann aber von den Konserativen und den Liberalen bekämpft. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Wettervorhersage.

Mittwoch, 13. Juli: Heiter, warm, Gewitterregen.

LANG & MÜNZER

519 Breiteweg 519

Dienstag
Mittwoch
Donnerstag

Futterstoffe!

la. Jakonett (schwarz, grau und weiß) 22 1/2 Lüster in vielen Farben, Prima Qualität 45
Meter 30 u. Meter
Taillenfutter (Reberfible, bedruckt) 35 1/2 Rollwill 100 cm breit, weiß, schwarz u. grau 55 1/2 Meter

Extra-Tage

für

Schneiderei- Artikel!

Nur soweit Vorrat!

Taillen- Merkur Paar 4 1/2
verschlüsse Hedwig Fischbein-Einl. Paar 7 1/2
viktoria Fischbein-Einl. Paar 13 1/2

Schweißblätter 55 1/2
echt Canfield Größe 2 Paar

Nähseide Kreuzwickel 1 1/2
alle Farben 1 Rolle

Fischbein 16 18 20 22 24 26 28 cm
blond, Ia. Duzend 5 8 10 12 14 16 18 1/2

Maschinen-Garne

Ackermann 2c., Obergarn 1000-Std.-Rolle 24 1/2
Ackermann 2c., Untergarn 1000-Std.-Rolle 14 1/2
Ackermann 2c., 200-Std.-Rolle 5 1/2
Ackermann 2c., 80-Std.-Rolle 3 1/2
Clark 1000-Std.-Rolle 34 1/2
Clark 200-Std.-Rolle 9 1/2
Ackermann 2c., couleur 200-Std.-Rolle 5 1/2
Nur Einzelverkauf.

Haken und Augen

schwarz Paket 3 1/2
weiß Paket 7 1/2

Samt-Rockstoß

schräg geschnit., 6 cm br., schw. und farbig jetzt Meter 27 1/2

Schweißblätter 6 1/2
Tritot, gezackt . . . Paar 9

Kragenstütz-Stäbchen 3 1/2
glash., dopp. 5 6 7 8 cm hoch Dzd.

Druckknöpfe Marke Koh-i-noor 8 1/2
„ Pryms Zukunft) Duzend

Ein. Kasten Kinder-Söckchen 20 1/2
schwarz und bunt geringelt jetzt Paar 25 u.
Ein. Kasten Damen-Strümpfe 60 1/2
Flor, ganz u. halb durch-
stochen, lederfarbig und schwarz. Paar jetzt

Schwarze und lederfarbige Kinder-Strümpfe 30 1/2
gute Qualität! Größe 1 bis 8
Paar jetzt 50 40 35 und

Lange Halbhandschuhe 9 1/2
weiß Paar
Lange Halbhandschuhe 10 1/2
weiß, mit Spitze Paar

Den schönsten Fuß

bedenkenlos erzielt man mit Pranges Bernstein-Cellulose mit Farbe. Derselbe trocknet über Nacht feinsthart auf ohne nachzulieben, besitzt vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbarkeit unübertroffen. 2 Pf. = 1.50 Pf., 5 Pf. = 3.50 Pf., 10 Pf. = 6.50 Pf., inkl. Büchse, ansgewogen 1 Pf., 65 Pf., bei 5 Pf. = 60 Pf., sowie sämtliche Bäder, Farben, Pinsel usw. in anerkannt besten Qualitäten zu billigen Preisen.

Erwin Prange 1755
29 Berliner Straße 29

Flechte

Gegen viele Hautleiden, wie juckende Dermatozen, Schuppen- (Pityriasis), Schorrhoen des Kopfes und Gesichtes, Hautjucken, einfache eitrige u. entzündliche Akne (Schleimhaut), Furunkulose, Ichthyosis, Pemphigo d. Kinder, chron. Ekzeme (juckende Knötchen) usw. verordnet Dr. med. S. Spezialarzt für Haut- u. ven. Krankheiten, 1. F. Baum, Breitenweg 19, Fr. Grubler, Breitenweg 137, A. Lischert, Breitenweg 265, Kassebier & Ullrich, Gr. Mühlentw. 19, Gehl. Polack Neht., Breitenweg 267, Hugo Starkist, Galberhändler Str. 113 und Bismarckstr. 25, Adolf Hascher Neht., Sudann, sowie in sämtlichen Apoth., Drog. u. Parf. Geschäften. Es gibt dafür keinen Ersatz! 1755

Auf Kredit!
Möbel
Betten und Polsterwaren
Anzüge für Herren
u. Kassen

Manufakturwaren
und Kinderwagen

S. Osswald
Waren-Kreditgeschäft
Magdeburg
Alte Ulrichstr. 14.
1726

Selten billiges Angebot

Arbeiter-Kleidung!

Räumungs-Verkauf
Ein großer Posten
Manns-Lederhosen

neu eingeführte, bewährte Qualitäten
Räumungspreise 2.40 2.70 3.30 3.95

Manschester-Hosen

für Männer, braun, einfarbig und gemustert
Räumungspreise 3.30 3.95 5.20 5.90

Blaue Schutzanzüge I. Mannshosen

blau Baverntuch 1.10 Mk.
Pilot I 2.50 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

blau Baverntuch 1.20 Mk.
Pilot I 2.10 Mk.

Was ist noch zu erfinden???

554 Probleme, nach ganz einfacher Art, verwendet gegen Einsenden von 30 Pf. in Marken legation A. Mank, Charlottenburg, Bismarckstraße 62.

Fisch-Auktion

Wie in einer
so gehen meine vorzüglichen Fischwaren in reicher, stromer und frischer Qualität an Kaufende meiner meriten Kunden, bei fabelhaft billigen.
la. Heimgarten 1. Dose 65 Pf., la. Spring in Gefäß 1.40 Pf., 2. 30 Pf., 3. 2.50 Pf., 4. 3.50 Pf., 5. 4.50 Pf., 6. 5.50 Pf., 7. 6.50 Pf., 8. 7.50 Pf., 9. 8.50 Pf., 10. 9.50 Pf., 11. 10.50 Pf., 12. 11.50 Pf., 13. 12.50 Pf., 14. 13.50 Pf., 15. 14.50 Pf., 16. 15.50 Pf., 17. 16.50 Pf., 18. 17.50 Pf., 19. 18.50 Pf., 20. 19.50 Pf., 21. 20.50 Pf., 22. 21.50 Pf., 23. 22.50 Pf., 24. 23.50 Pf., 25. 24.50 Pf., 26. 25.50 Pf., 27. 26.50 Pf., 28. 27.50 Pf., 29. 28.50 Pf., 30. 29.50 Pf., 31. 30.50 Pf., 32. 31.50 Pf., 33. 32.50 Pf., 34. 33.50 Pf., 35. 34.50 Pf., 36. 35.50 Pf., 37. 36.50 Pf., 38. 37.50 Pf., 39. 38.50 Pf., 40. 39.50 Pf., 41. 40.50 Pf., 42. 41.50 Pf., 43. 42.50 Pf., 44. 43.50 Pf., 45. 44.50 Pf., 46. 45.50 Pf., 47. 46.50 Pf., 48. 47.50 Pf., 49. 48.50 Pf., 50. 49.50 Pf., 51. 50.50 Pf., 52. 51.50 Pf., 53. 52.50 Pf., 54. 53.50 Pf., 55. 54.50 Pf., 56. 55.50 Pf., 57. 56.50 Pf., 58. 57.50 Pf., 59. 58.50 Pf., 60. 59.50 Pf., 61. 60.50 Pf., 62. 61.50 Pf., 63. 62.50 Pf., 64. 63.50 Pf., 65. 64.50 Pf., 66. 65.50 Pf., 67. 66.50 Pf., 68. 67.50 Pf., 69. 68.50 Pf., 70. 69.50 Pf., 71. 70.50 Pf., 72. 71.50 Pf., 73. 72.50 Pf., 74. 73.50 Pf., 75. 74.50 Pf., 76. 75.50 Pf., 77. 76.50 Pf., 78. 77.50 Pf., 79. 78.50 Pf., 80. 79.50 Pf., 81. 80.50 Pf., 82. 81.50 Pf., 83. 82.50 Pf., 84. 83.50 Pf., 85. 84.50 Pf., 86. 85.50 Pf., 87. 86.50 Pf., 88. 87.50 Pf., 89. 88.50 Pf., 90. 89.50 Pf., 91. 90.50 Pf., 92. 91.50 Pf., 93. 92.50 Pf., 94. 93.50 Pf., 95. 94.50 Pf., 96. 95.50 Pf., 97. 96.50 Pf., 98. 97.50 Pf., 99. 98.50 Pf., 100. 99.50 Pf., 101. 100.50 Pf., 102. 101.50 Pf., 103. 102.50 Pf., 104. 103.50 Pf., 105. 104.50 Pf., 106. 105.50 Pf., 107. 106.50 Pf., 108. 107.50 Pf., 109. 108.50 Pf., 110. 109.50 Pf., 111. 110.50 Pf., 112. 111.50 Pf., 113. 112.50 Pf., 114. 113.50 Pf., 115. 114.50 Pf., 116. 115.50 Pf., 117. 116.50 Pf., 118. 117.50 Pf., 119. 118.50 Pf., 120. 119.50 Pf., 121. 120.50 Pf., 122. 121.50 Pf., 123. 122.50 Pf., 124. 123.50 Pf., 125. 124.50 Pf., 126. 125.50 Pf., 127. 126.50 Pf., 128. 127.50 Pf., 129. 128.50 Pf., 130. 129.50 Pf., 131. 130.50 Pf., 132. 131.50 Pf., 133. 132.50 Pf., 134. 133.50 Pf., 135. 134.50 Pf., 136. 135.50 Pf., 137. 136.50 Pf., 138. 137.50 Pf., 139. 138.50 Pf., 140. 139.50 Pf., 141. 140.50 Pf., 142. 141.50 Pf., 143. 142.50 Pf., 144. 143.50 Pf., 145. 144.50 Pf., 146. 145.50 Pf., 147. 146.50 Pf., 148. 147.50 Pf., 149. 148.50 Pf., 150. 149.50 Pf., 151. 150.50 Pf., 152. 151.50 Pf., 153. 152.50 Pf., 154. 153.50 Pf., 155. 154.50 Pf., 156. 155.50 Pf., 157. 156.50 Pf., 158. 157.50 Pf., 159. 158.50 Pf., 160. 159.50 Pf., 161. 160.50 Pf., 162. 161.50 Pf., 163. 162.50 Pf., 164. 163.50 Pf., 165. 164.50 Pf., 166. 165.50 Pf., 167. 166.50 Pf., 168. 167.50 Pf., 169. 168.50 Pf., 170. 169.50 Pf., 171. 170.50 Pf., 172. 171.50 Pf., 173. 172.50 Pf., 174. 173.50 Pf., 175. 174.50 Pf., 176. 175.50 Pf., 177. 176.50 Pf., 178. 177.50 Pf., 179. 178.50 Pf., 180. 179.50 Pf., 181. 180.50 Pf., 182. 181.50 Pf., 183. 182.50 Pf., 184. 183.50 Pf., 185. 184.50 Pf., 186. 185.50 Pf., 187. 186.50 Pf., 188. 187.50 Pf., 189. 188.50 Pf., 190. 189.50 Pf., 191. 190.50 Pf., 192. 191.50 Pf., 193. 192.50 Pf., 194. 193.50 Pf., 195. 194.50 Pf., 196. 195.50 Pf., 197. 196.50 Pf., 198. 197.50 Pf., 199. 198.50 Pf., 200. 199.50 Pf., 201. 200.50 Pf., 202. 201.50 Pf., 203. 202.50 Pf., 204. 203.50 Pf., 205. 204.50 Pf., 206. 205.50 Pf., 207. 206.50 Pf., 208. 207.50 Pf., 209. 208.50 Pf., 210. 209.50 Pf., 211. 210.50 Pf., 212. 211.50 Pf., 213. 212.50 Pf., 214. 213.50 Pf., 215. 214.50 Pf., 216. 215.50 Pf., 217. 216.50 Pf., 218. 217.50 Pf., 219. 218.50 Pf., 220. 219.50 Pf., 221. 220.50 Pf., 222. 221.50 Pf., 223. 222.50 Pf., 224. 223.50 Pf., 225. 224.50 Pf., 226. 225.50 Pf., 227. 226.50 Pf., 228. 227.50 Pf., 229. 228.50 Pf., 230. 229.50 Pf., 231. 230.50 Pf., 232. 231.50 Pf., 233. 232.50 Pf., 234. 233.50 Pf., 235. 234.50 Pf., 236. 235.50 Pf., 237. 236.50 Pf., 238. 237.50 Pf., 239. 238.50 Pf., 240. 239.50 Pf., 241. 240.50 Pf., 242. 241.50 Pf., 243. 242.50 Pf., 244. 243.50 Pf., 245. 244.50 Pf., 246. 245.50 Pf., 247. 246.50 Pf., 248. 247.50 Pf., 249. 248.50 Pf., 250. 249.50 Pf., 251. 250.50 Pf., 252. 251.50 Pf., 253. 252.50 Pf., 254. 253.50 Pf., 255. 254.50 Pf., 256. 255.50 Pf., 257. 256.50 Pf., 258. 257.50 Pf., 259. 258.50 Pf., 260. 259.50 Pf., 261. 260.50 Pf., 262. 261.50 Pf., 263. 262.50 Pf., 264. 263.50 Pf., 265. 264.50 Pf., 266. 265.50 Pf., 267. 266.50 Pf., 268. 267.50 Pf., 269. 268.50 Pf., 270. 269.50 Pf., 271. 270.50 Pf., 272. 271.50 Pf., 273. 272.50 Pf., 274. 273.50 Pf., 275. 274.50 Pf., 276. 275.50 Pf., 277. 276.50 Pf., 278. 277.50 Pf., 279. 278.50 Pf., 280. 279.50 Pf., 281. 280.50 Pf., 282. 281.50 Pf., 283. 282.50 Pf., 284. 283.50 Pf., 285. 284.50 Pf., 286. 285.50 Pf., 287. 286.50 Pf., 288. 287.50 Pf., 289. 288.50 Pf., 290. 289.50 Pf., 291. 290.50 Pf., 292. 291.50 Pf., 293. 292.50 Pf., 294. 293.50 Pf., 295. 294.50 Pf., 296. 295.50 Pf., 297. 296.50 Pf., 298. 297.50 Pf., 299. 298.50 Pf., 300. 299.50 Pf., 301. 300.50 Pf., 302. 301.50 Pf., 303. 302.50 Pf., 304. 303.50 Pf., 305. 304.50 Pf., 306. 305.50 Pf., 307. 306.50 Pf., 308. 307.50 Pf., 309. 308.50 Pf., 310. 309.50 Pf., 311. 310.50 Pf., 312. 311.50 Pf., 313. 312.50 Pf., 314. 313.50 Pf., 315. 314.50 Pf., 316. 315.50 Pf., 317. 316.50 Pf., 318. 317.50 Pf., 319. 318.50 Pf., 320. 319.50 Pf., 321. 320.50 Pf., 322. 321.50 Pf., 323. 322.50 Pf., 324. 323.50 Pf., 325. 324.50 Pf., 326. 325.50 Pf., 327. 326.50 Pf., 328. 327.50 Pf., 329. 328.50 Pf., 330. 329.50 Pf., 331. 330.50 Pf., 332. 331.50 Pf., 333. 332.50 Pf., 334. 333.50 Pf., 335. 334.50 Pf., 336. 335.50 Pf., 337. 336.50 Pf., 338. 337.50 Pf., 339. 338.50 Pf., 340. 339.50 Pf., 341. 340.50 Pf., 342. 341.50 Pf., 343. 342.50 Pf., 344. 343.50 Pf., 345. 344.50 Pf., 346. 345.50 Pf., 347. 346.50 Pf., 348. 347.50 Pf., 349. 348.50 Pf., 350. 349.50 Pf., 351. 350.50 Pf., 352. 351.50 Pf., 353. 352.50 Pf., 354. 353.50 Pf., 355. 354.50 Pf., 356. 355.50 Pf., 357. 356.50 Pf., 358. 357.50 Pf., 359. 358.50 Pf., 360. 359.50 Pf., 361. 360.50 Pf., 362. 361.50 Pf., 363. 362.50 Pf., 364. 363.50 Pf., 365. 364.50 Pf., 366. 365.50 Pf., 367. 366.50 Pf., 368. 367.50 Pf., 369. 368.50 Pf., 370. 369.50 Pf., 371. 370.50 Pf., 372. 371.50 Pf., 373. 372.50 Pf., 374. 373.50 Pf., 375. 374.50 Pf., 376. 375.50 Pf., 377. 376.50 Pf., 378. 377.50 Pf., 379. 378.50 Pf., 380. 379.50 Pf., 381. 380.50 Pf., 382. 381.50 Pf., 383. 382.50 Pf., 384. 383.50 Pf., 385. 384.50 Pf., 386. 385.50 Pf., 387. 386.50 Pf., 388. 387.50 Pf., 389. 388.50 Pf., 390. 389.50 Pf., 391. 390.50 Pf., 392. 391.50 Pf., 393. 392.50 Pf., 394. 393.50 Pf., 395. 394.50 Pf., 396. 395.50 Pf., 397. 396.50 Pf., 398. 397.50 Pf., 399. 398.50 Pf., 400. 399.50 Pf., 401. 400.50 Pf., 402. 401.50 Pf., 403. 402.50 Pf., 404. 403.50 Pf., 405. 404.50 Pf., 406. 405.50 Pf., 407. 406.50 Pf., 408. 407.50 Pf., 409. 408.50 Pf., 410. 409.50 Pf., 411. 410.50 Pf., 412. 411.50 Pf., 413. 412.50 Pf., 414. 413.50 Pf., 415. 414.50 Pf., 416. 415.50 Pf., 417. 416.50 Pf., 418. 417.50 Pf., 419. 418.50 Pf., 420. 419.50 Pf., 421. 420.50 Pf., 422. 421.50 Pf., 423. 422.50 Pf., 424. 423.50 Pf., 425. 424.50 Pf., 426. 425.50 Pf., 427. 426.50 Pf., 428. 427.50 Pf., 429. 428.50 Pf., 430. 429.50 Pf., 431. 430.50 Pf., 432. 431.50 Pf., 433. 432.50 Pf., 434. 433.50 Pf., 435. 434.50 Pf., 436. 435.50 Pf., 437. 436.50 Pf., 438. 437.50 Pf., 439. 438.50 Pf., 440. 439.50 Pf., 441. 440.50 Pf., 442. 441.50 Pf., 443. 442.50 Pf., 444. 443.50 Pf., 445. 444.50 Pf., 446. 445.50 Pf., 447. 446.50 Pf., 448. 447.50 Pf., 449. 448.50 Pf., 450. 449.50 Pf., 451. 450.50 Pf., 452. 451.50 Pf., 453. 452.50 Pf., 454. 453.50 Pf., 455. 454.50 Pf., 456. 455.50 Pf., 457. 456.50 Pf., 458. 457.50 Pf., 459. 458.50 Pf., 460. 459.50 Pf., 461. 460.50 Pf., 462. 461.50 Pf., 463. 462.50 Pf., 464. 463.50 Pf., 465. 464.50 Pf., 466. 465.50 Pf., 467. 466.50 Pf., 468. 467.50 Pf., 469. 468.50 Pf., 470. 469.50 Pf., 471. 470.50 Pf., 472. 471.50 Pf., 473. 472.50 Pf., 474. 473.50 Pf., 475. 474.50 Pf., 476. 475.50 Pf., 477. 476.50 Pf., 478. 477.50 Pf., 479. 478.50 Pf., 480. 479.50 Pf., 481. 480.50 Pf., 482. 481.50 Pf., 483. 482.50 Pf., 484. 483.50 Pf., 485. 484.50 Pf., 486. 485.50 Pf., 487. 486.50 Pf., 488. 487.50 Pf., 489. 488.50 Pf., 490. 489.50 Pf., 491. 490.50 Pf., 492. 491.50 Pf., 493. 492.50 Pf., 494. 493.50 Pf., 495. 494.50 Pf., 496. 495.50 Pf., 497. 496.50 Pf., 498. 497.50 Pf., 499. 498.50 Pf., 500. 499.50 Pf., 501. 500.50 Pf., 502. 501.50 Pf., 503. 502.50 Pf., 504. 503.50 Pf., 505. 504.50 Pf., 506. 505.50 Pf., 507. 506.50 Pf., 508. 507.50 Pf., 509. 508.50 Pf., 510. 509.50 Pf., 511. 510.50 Pf., 512. 511.50 Pf., 513. 512.50 Pf., 514. 513.50 Pf., 515. 514.50 Pf., 516. 515.50 Pf., 517. 516.50 Pf., 518. 517.50 Pf., 519. 518.50 Pf., 520. 519.50 Pf., 521. 520.50 Pf., 522. 521.50 Pf., 523. 522.50 Pf., 524. 523.50 Pf., 525. 524.50 Pf., 526. 525.50 Pf., 527. 526.50 Pf., 528. 527.50 Pf., 529. 528.50 Pf., 530. 529.50 Pf., 531. 530.50 Pf., 532. 531.50 Pf., 533. 532.50 Pf., 534. 533.50 Pf., 535. 534.50 Pf., 536. 535.50 Pf., 537. 536.50 Pf., 538. 537.50 Pf., 539. 538.50 Pf., 540. 539.50 Pf., 541. 540.50 Pf., 542. 541.50 Pf., 543. 542.50 Pf., 544. 543.50 Pf., 545. 544.50 Pf., 546. 545.50 Pf., 547. 546.50 Pf., 548. 547.50 Pf., 549. 548.50 Pf., 550. 549.50 Pf., 551. 550.50 Pf., 552. 551.50 Pf., 553. 552.50 Pf., 554. 553.50 Pf., 555. 554.50 Pf., 556. 555.50 Pf., 557. 556.50 Pf., 558. 557.50 Pf., 559. 558.50 Pf., 560. 559.50 Pf., 561. 560.50 Pf., 562. 561.50 Pf., 563. 562.50 Pf., 564. 563.50 Pf., 565. 564.50 Pf., 566. 565.50 Pf., 567. 566.50 Pf., 568. 567.50 Pf., 569. 568.50 Pf., 570. 569.50 Pf., 571. 570.50 Pf., 572. 571.50 Pf., 573. 572.50 Pf., 574. 573.50 Pf., 575. 574.50 Pf., 576. 575.50 Pf., 577. 576.50 Pf., 578. 577.50 Pf., 579. 578.50 Pf., 580. 579.50 Pf., 581. 580.50 Pf., 582. 581.50 Pf., 583. 582.50 Pf., 584. 583.50 Pf., 585. 584.50 Pf., 586. 585.50 Pf., 587. 586.50 Pf., 588. 587.50 Pf., 589. 588.50 Pf., 590. 589.50 Pf., 591. 590.50 Pf., 592. 591.50 Pf., 593. 592.50 Pf., 594. 593.50 Pf., 595. 594.50 Pf., 596. 595.50 Pf., 597. 596.50 Pf., 598. 597.50 Pf., 599. 598.50 Pf., 600. 599.50 Pf., 601. 600.50 Pf., 602. 601.50 Pf., 603. 602.50 Pf., 604. 603.50 Pf., 605. 604.50 Pf., 606. 605.50 Pf., 607. 606.50 Pf., 608. 607.50 Pf., 609. 608.50 Pf., 610. 609.50 Pf., 611. 610.50 Pf., 612. 611.50 Pf., 613. 612.50 Pf., 614. 613.50 Pf., 615. 614.50 Pf., 616. 615.50 Pf., 617. 616.50 Pf., 618.